

Leistung in fünf Jahren. Allen, die daran mitgewirkt haben, möchte ich ganz herzlich danken.

Ich bin auch stolz auf das Kulturfördergesetz. Es ist das erste in Deutschland.

Ich habe mich sehr gefreut, liebe Hannelore Kraft, als wir beide gemeinsam den Pakt für den Sport unterschrieben haben. Das bringt für den Sport eine unglaubliche Verlässlichkeit und Planungssicherheit, die es vorher in der Form auch noch nie gegeben hat. Die Sportvereine und der Landessportbund haben sich sehr darüber gefreut.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insofern kann ich sagen: Das Haus ist sehr gut aufgestellt und arbeitet hervorragend. Ich möchte meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Haus noch einmal ausdrücklich dafür danken. Wir haben uns in der Tat ein großes Vertrauen im Land Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Mir war es immer sehr wichtig, den Dialog zu pflegen. Das haben Sie hoffentlich auch in unserer Arbeitsbeziehung spüren können.

Deswegen übergebe ich das Haus gerne und freudigen Herzens an meine Nachfolgerin Christina Kampmann. Sie findet ein wirklich gut aufgestelltes Haus vor.

Ich darf mich auch noch bei allen Fraktionen für die gute Unterstützung bedanken. Eine gute Unterstützung habe ich aber vor allen Dingen in der SPD-Fraktion und bei Bündnis 90/Die Grünen in den vergangenen fünf Jahren bekommen. Das war wunderbar. Ich fühlte mich in allen meinen Politikbereichen sehr getragen; dafür ganz herzlichen Dank.

Bei den anderen Fraktionen, bei der CDU, bei der FDP und bei den Piraten liegt es in der Natur der Sache, dass man einer Ministerin die Politik und das Leben etwas schwerer machen möchte. Ich habe sehr viel Verständnis dafür, da ich auch fünf Jahre lang die Oppositionsbank gedrückt habe. Insofern weiß ich, was zu tun ist, und habe das immer sehr sportlich genommen und werde das jetzt von meinem anderen Platz in den Reihen der Fraktion auch so machen. Ich bleibe ja noch bis 2017 im Landtag. Ich handhabe das mit dem geordneten Rückzug so wie Reiner Priggen es getan hat, was ich übrigens ganz bemerkenswert fand und woran ich mir gern ein Beispiel genommen habe.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in einer anderen Funktion und sage ganz, ganz herzlich Danke.

(Lebhafter Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Ministerin Schäfer, ich möchte mich auch im Namen des Präsidiums sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken. Ministerin oder Minister zu sein, ist eine schöne, aber auch

anstrengende Aufgabe. Es gibt aber auch ein Leben danach. Ich kann das beurteilen. Das Leben geht gut weiter, und es macht viel Freude. In dem Sinne: Ihnen alles Gute auch für den weiteren Lebensweg.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt 2 mehr vor. Ich schließe daher die Beratung.

Ich rufe auf:

3 Ergebnisse und Konsequenzen der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Flüchtlingspolitik vom 24. September 2015

Unterrichtung
durch die Landesregierung

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9880

In Verbindung mit:

Gesetz über die Feststellung eines Dritten Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Drittes Nachtragshaushaltsgesetz 2015)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9800 – Neudruck

erste Lesung

Und:

Achtes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/9808

erste Lesung

Und:

Integration von Flüchtlingen umfassend und vorausschauend gestalten – Krisenmodus bei der Flüchtlingsaufnahme darf Integration nicht behindern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9801

Und:

Nordrhein-Westfalen muss seinen Städten

und Gemeinden die Flüchtlingskosten komplett erstatten

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9803

Sowie:

Aktionsplan Integration für Flüchtlinge – Chancen für Flüchtlinge, Wirtschaft und Gesellschaft schaffen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9786

Sowie:

Beschlüsse des Bund-Länder-Gipfels zur Flüchtlingspolitik vom 24. September 2015 konsequent umsetzen: Asylpolitik neu ausrichten und Kommunen finanziell entlasten

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/9880

Der Chef der Staatskanzlei hat mir mit Schreiben vom 28. September 2015 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag in der heutigen Plenarsitzung zu den Ergebnissen und Konsequenzen der Besprechung der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Flüchtlingspolitik vom 24. September 2015 zu unterrichten.

Die Unterrichtung erfolgt durch Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. Frau Ministerpräsidentin, ich erteile Ihnen das Wort.

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Es ist ziemlich genau vier Wochen her, dass ich an dieser Stelle eine Unterrichtung zum Thema Flüchtlinge gegeben habe. Seitdem hat Nordrhein-Westfalen etwa 54.000 Flüchtlinge – Kinder, Frauen und Männer – zusätzlich aufgenommen.

Das zeigt: Wir stehen weiter vor einer großen Herausforderung. Aber zugleich stimmt auch, dass in diesen Wochen auf allen politischen Ebenen Schritte unternommen worden sind, um die Herausforderung besser zu bewältigen.

Ich möchte heute den Landtag darüber informieren, welche Beschlüsse und Weichenstellungen es gerade in der vorigen Woche auf europäischer und Bundesebene gegeben hat und welche Bedeutung diese dann konkret für Nordrhein-Westfalen haben werden.

Klar ist: Alle Anstrengungen von Ländern und Kommunen, die vielen Flüchtlinge menschwürdig aufzunehmen und in die Gesellschaft zu integrieren, stoßen an Grenzen, wenn es nicht gelingt, die Krisenherde der Welt zu entschärfen und die europäische Flüchtlingspolitik solidarisch neu auszurichten. Länder und Kommunen können hier wenig allein ausrichten. Hier ist vor allem auch der Bund gefordert.

Eine dauerhafte Lösung kann nur gelingen, wenn die Krisenregionen selbst stärker als bisher in den Blick genommen werden. Das bedeutet konkret: Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge, Perspektiven für die Menschen in den Krisenregionen, Sicherung einer angemessenen Versorgung der Flüchtlinge in den Einrichtungen der Krisenregionen und Stabilisierung der Transitländer.

Meine Damen und Herren, ich bin deshalb froh über neue und verschärfte diplomatische Initiativen im Syrienkonflikt am Rande der UNO-Vollversammlung in New York.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich halte es für wichtig, dass der Bund auf dem Flüchtlingsgipfel am 24. September ausdrücklich zugesagt hat, sein politisches Engagement auf diesem Feld zu verstärken und die entsprechenden Mittel auch aufzustocken.

Ich verhehle nicht, dass ich mir angesichts der Nachrichten aus Kundus große Sorgen mache. Wir haben heute noch den Parlamentarischen Abend der Bundeswehr. Ich sehe diese Entwicklungen immer aus zwei Blickwinkeln, da ich mit vielen Soldatinnen und Soldaten gesprochen habe, die dort ihren Dienst getan haben und stolz darauf waren, dieses Land ein Stückchen mehr vorangebracht zu haben. Und wenn die die Bilder sehen, dass dort jetzt die Taliban die Herrschaft über Kundus übernommen haben, dann ist das die eine schmerzliche Nachricht. Die andere ist, dass auch von dort noch mehr Flüchtlinge zu erwarten sind.

Alles das sind Nachrichten, die mir und uns allen sehr zu Herzen gehen und wo deutlich wird, dass wir mehr Diplomatie, mehr Initiativen brauchen, um miteinander die Krisenherde der Welt in eine vernünftige Richtung weiterentwickeln zu können.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auch die Beschlüsse des Europäischen Rates und des Rates der Europäischen Innenminister aus der vergangenen Woche sind, wie ich sagen möchte, wichtige erste Schritte.

Ich denke an die Aufstockung der Mittel für eine bessere Versorgung der Flüchtlinge in der Krisenregion. Ich denke an die Errichtung von sogenannten Hotspots – die sollen bis Ende November fertig sein – an den Außengrenzen der Europäischen Union dort, wo besonders viele Flüchtlinge ankomm-

men. Ich denke an die Einigung über die Verteilung von 120.000 Flüchtlingen in ganz Europa, die nun gelungen ist.

Auch deshalb sage ich deutlich: Das kann nur ein erster Schritt auf dem Weg zu einer vernünftigen Verständigung sein. Das wird schon allein an Folgendem deutlich: Dort werden 120.000 Flüchtlinge über Europa verteilt, und NRW hat in diesem Jahr allein schon mehr als 165.000 Flüchtlinge aufgenommen. Hier ist Europa weiter gefordert, eine größere Solidarität auch möglich zu machen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme zu den Ergebnissen des Gesprächs der Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundeskanzlerin und dem komplett anwesenden Kabinett am 24. September. Ich habe bei der letzten Unterrichtung hier deutlich gemacht, dass das A und O, dass der wichtigste Beitrag für Länder und Kommunen schnellere Asylverfahren sind.

Darum hat die Zusage des Bundes großes Gewicht, Asylverfahren nunmehr endlich auf durchschnittlich drei Monate zu verkürzen, die noch nicht bearbeiteten Fälle abzuarbeiten und den Zeitraum zwischen Registrierung und Antragstellung erheblich zu verkürzen. Im Jahre 2016 soll es von der Registrierung bis zur Entscheidung maximal noch fünf Monate dauern.

Ich wünsche dem neuen Chef des BAMF – dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge – viel Glück bei dieser Aufgabe, weil das ein wichtiger Schritt wäre, unsere Situation vor Ort konkret zu entlasten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Am besten ist das, wenn es gelingt, für die Kommunen, aber es ist auch gut für die Asylsuchenden selbst. Je schneller wir mit der Integration beginnen können, desto besser ist es. Umgekehrt müssen auch diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, rasch Klarheit darüber haben, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Das ist dann zugleich auch ein Signal an die Menschen in deren Heimatländern, dass es sich nicht lohnt, Hab und Gut aufzugeben, um später ohne Asylperspektive in Deutschland quasi vor dem Nichts zu stehen.

Schnellere Verfahren sind auch deshalb so wichtig, weil die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen dadurch entspannt werden könnte. Es ist doch klar, dass Spannungen wachsen und Konflikte ausbrechen, wenn Menschen völlig unterschiedlicher Herkunft und Erfahrungswelt auf engstem Raum zusammenleben. Die Situation wird sich im Winter sicherlich noch einmal verschärfen. Wenn man Flüchtlingsunterkünfte heute besucht, sieht man, dass sich diejenigen, die dort zurzeit wohnen, sehr viel draußen aufhalten. Wenn es kälter wird, wird das alles noch einmal sehr viel schwieriger.

Aber ich sage auch: Nichts kann Gewalt, auch nicht in solchen Unterkünften, rechtfertigen. Alle, die zu uns kommen, müssen wissen, dass bei uns das friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher Religion höchsten Wert besitzt, dass Gesetze und Werte gelten und wir sie verteidigen und durchsetzen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Werner Jostmeier [CDU])

Ich halte es übrigens nicht für sinnvoll – um das auch zu sagen –, dass wir in den Flüchtlingsunterkünften nach Ethnien oder Religionen unterteilen; denn es muss von Anfang an klar sein, dass bei uns ein Zusammenleben von Ethnien und auch Religionen einen großen Wert besitzt. Und das müssen auch diejenigen, die zu uns kommen, hier sofort leben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe auch immer gesagt: Das A und O sind die schnellen Asylverfahren. Und ich habe immer gesagt: Es kann nicht sein, dass Kommunen und Länder die Kosten, die mit der Unterbringung, der Versorgung und der Integration der Flüchtlinge verbunden sind, alleine tragen.

Darum ist es neben der Perspektive auf schnellere Verfahren ein zweiter wesentlicher Erfolg des Gesprächs der vergangenen Woche, dass der Bund nun endlich angemessener als früher seiner finanziellen Verantwortung nachkommt. Wir haben uns darauf verständigt, dass sich der Bund im Sinne einer Verantwortungsgemeinschaft jetzt dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Flüchtlingskosten beteiligt, und zwar durch eine Pauschale je Flüchtling. Darum haben wir lange und intensiv gerungen.

Ab 2016 wird sich der Bund dann mit einer monatlichen Pauschale von zunächst 670 € beteiligen. Außerdem erhalten die Länder für Antragsteller, die nicht als politisch Verfolgte oder Bürgerkriegsflüchtlinge anerkannt wurden, für einen Monat ebenfalls noch einmal eine pauschale Erstattung von 670 €.

Aber alle drei Faktoren, die jetzt genannt sind, sind variabel: Die 670 €, die als monatlicher Grundwert angenommen sind und die aus den Asylbewerberleistungszahlen 2014 stammen, sind variabel. Die Zahl der Flüchtlinge ist variabel; das heißt: je mehr Flüchtlinge da sind, desto mehr Geld wird es geben. Und die Zahl der Monate der Bearbeitungsdauer wird in einer Istabrechnung sozusagen variabel daneben gelegt.

Das bedeutet: Wenn der Bund es nicht schafft, die Verfahren zu beschleunigen, wird es für ihn sehr teuer. Insofern sind wir alle davon überzeugt, dass die intrinsische Motivation noch höher ist, diese Verfahren endgültig zu beschleunigen. Ich glaube, dass das eine gute Lösung ist, die wir dort erzielt haben.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was das für Nordrhein-Westfalen finanziell bedeutet, darauf werde ich gleich noch einmal zurückkommen.

Meine Damen und Herren, schnelle Asylverfahren, eine größere finanzielle Beteiligung des Bundes – das sind positive Ergebnisse. Ich mache auch keinen Hehl daraus, dass wir es als Landesregierung begrüßen, dass die ursprünglich geplanten massiven Verschärfungen des Asylrechts von der Mehrheit der Länder verhindert wurden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Ich bleibe bei meiner Einschätzung, dass wir ein gutes Asylgesetz haben, dass nur eines unserer Probleme ist, dass wir viele Zuwanderungen über das Asylgesetz bekommen, weil wir kein vernünftiges Zuwanderungsgesetz haben. Daran werden wir weiterhin arbeiten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

In der Debatte vor vier Wochen gab es auch Wortmeldungen zu der Frage, was denn dringend geändert werden müsse. Ein wesentlicher Punkt, der genannt worden war, war das berühmte Taschengeld im Rahmen der Erstunterbringung der Flüchtlinge.

Wir haben jetzt einen Passus gefunden, in dem deutlich wird, dass Sachleistungen gezahlt werden, solange das bürokratisch vertretbar ist; ich sage das jetzt mal mit meinen Worten. Das ist eine vernünftige Lösung. Wenn man nämlich ausschließlich Sachleistungen geben würde – das bestätigen uns ja auch die CDU-Oberbürgermeister, -Bürgermeister und -Landräte –, käme man zu einer völligen bürokratischen Überforderung der Kommunen. Das werden wir in Nordrhein-Westfalen nicht tun. Auch das sage ich klar an dieser Stelle.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN und Ministerin Sylvia Löhrmann)

Ich halte auch die Signalwirkung schneller Asylverfahren für wirksamer als die getroffene Vereinbarung, nach der Albanien, Kosovo und Montenegro zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden sollen. Wir haben unsere Bedenken zurückgestellt, nachdem die Bundesregierung zugestimmt hatte, sich aktiv für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten im Westbalkan einzusetzen. Die Liste der sicheren Herkunftsstaaten soll alle zwei Jahre überprüft werden.

Besonders wichtig ist hier aber: Wir haben in den Verhandlungen durchgesetzt, dass für Angehörige der Staaten des Westbalkans nunmehr Möglichkeiten der legalen Migration zur Arbeitsaufnahme in Deutschland geschaffen werden. Das ist ein Vorgriff auf ein Zuwanderungsgesetz. Das ist das richtige Signal, gerade auch in die Länder dieser Region.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das bedeutet konkret: Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung beginnen dürfen. Das ist nichts anderes als der Einstieg in ein Zuwanderungsgesetz.

Ich sage auch ganz klar: Wir können nicht schnellere Asylverfahren fordern, wenn wir nicht bereit sind, im Falle von ablehnenden Bescheiden konsequent darauf zu bestehen, dass abgelehnte Bewerberinnen und Bewerber unser Land wieder verlassen. Wir haben darum am 24. auch vereinbart, dass Bund, Länder und Kommunen verstärkt zusammenarbeiten werden, um bei jeder vollziehbaren Ausreisepflicht zügig eine Rückführung zu veranlassen.

Ein ganz klarer Satz auch noch in Richtung Länder und Kommunen: Wir haben jetzt erreicht, dass der Bund von seiner Seite aus die Verfahren beschleunigt. Die Länder sind ebenfalls gefordert. Wir waren uns als Landesregierung darüber im Klaren. Deswegen haben wir die Zahl der Stellen im Justizbereich erhöht; das ist das, worüber wir im haushalterischen Teil heute noch einmal beraten.

Aber auch die Kommunen sind gefordert, denn es kann nicht sein, dass am Ende der Flaschenhals die personelle Besetzung in den Ausländerbehörden ist. Auch hier gilt klar: Jeder muss seine Hausaufgaben machen.

(Beifall von der SPD)

Ein Punkt noch, der mir in den Debatten sehr wichtig war – das spielte im Vorfeld, auch bei den Koalitionsgesprächen, leider noch keine Rolle; deshalb freut es mich umso mehr, dass wir hier eine Übereinkunft erzielt haben –: Es geht um die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die wir in Zukunft gerechter auf die Bundesländer verteilen werden.

Bisher haben bundesweit einige wenige Städte die Hauptlast getragen, in Nordrhein-Westfalen vor allem Aachen, Dortmund und Köln. Das war nicht gerecht. Das entsprechende Gesetz soll zum 1. November in Kraft treten und nach einer Vorbereitungsphase ab dem 1. Januar zum Tragen kommen.

Entscheidend ist, dass sich auch der Bund an den Kosten für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in einer Größenordnung von 350 Millionen € beteiligt. Auch das ist ein Erfolg der Verhandlungen am 24. September.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir alle wissen, wie wichtig diese Punkte sind. Mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge haben wir erste Schritte getan. Sie sind anspruchsvoll genug. Aber der Hauptteil der Aufgabe lautet: Integration. Das dauert länger und ist noch anspruchsvoller.

Umso wichtiger ist, dass wir am 24. auch vereinbart haben, dass Flüchtlinge leichter Zugang zum Arbeitsmarkt finden können, denn Erwerbsarbeit ist der Königsweg der Integration. Wir müssen alles dafür tun, dass Integration gelingt. Wenn sie nicht gelingt, werden die sozialen Folgekosten immens sein. Das ist vorbeugende Politik par excellence.

Darum sehen wir es auch als eine Investition in die Zukunft, dass wir als Land die eigenen Anstrengungen hier noch einmal verstärken. Auch da sind im Haushalt die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Wir nehmen als Land unsere Verantwortung wahr.

Dies zeigt sich auch im dritten Nachtragshaushalt. Wir erhöhen die Ausgaben für Aufnahme, Transport und Versorgung der Asylbewerber, für die Kita, für den Ganztags, insbesondere aber auch für die Schulen. Wir haben insgesamt 2.625 neue Lehrerstellen eingeplant, davon 900 für die Sprachförderung. Die 1.725 anderen Stellen werden allen Schülerinnen und Schülern in Nordrhein-Westfalen zugutekommen, nicht nur den Flüchtlingskindern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben die Basissprachkurse erweitert. Wir alle wissen, dass, wenn die Erwerbsarbeit der Königsweg der Integration ist, dann die Bildung der Boden ist, über den dieser Weg führen muss.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, eines ist mir noch wichtig: Beim Thema Integration ist mir insbesondere die Vermittlung unserer Werte, der Grundlagen unserer Verfassung und unserer Gesetze sowie der Regeln und Usancen des Miteinanders unserer Gesellschaft wichtig.

(Beifall von der SPD)

Auf die Errungenschaften einer vielfältigen, pluralen Gesellschaft, wie Respekt, Toleranz, Gleichberechtigung und Religionsfreiheit, sind wir stolz, und wir stellen sie nicht zur Disposition. Sie sind für uns nicht verhandelbar. Auch das ist eine klare Aussage.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wer diese Werte und Gesetze achtet und respektiert, ist hier willkommen. Daran muss sich jeder beziehungsweise jede halten, der beziehungsweise die zu uns kommt. Die Vermittlung dieser Werte – der Grundlage unserer Gesetze und unserer Verfassung – wird zentraler Bestandteil unseres Integrationspakets sein, das wir im nächsten Jahr mit der Überschrift „KOMM-AN NRW“ auflegen werden, damit deutlich wird, was hier gilt und woran sich diejenigen, die zu uns kommen, zu halten haben. Auch das ist eine klare Botschaft.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

In den Beschlüssen des 24. ging es noch um viele weitere Themen: Gesundheitskarte, 10.000 zusätz-

liche Stellen beim Bundesfreiwilligendienst: die hoffentlich auch helfen, die Engpässe, die bei den Hilfsorganisationen inzwischen schon auftreten, zu beseitigen; die Unterstützung des Ehrenamtes; die Abweichung von bauplanungsrechtlichen Standards, die angehobenen Strafen für Schleuser, aber vor allem auch die Integrationskurse für Asylbewerber mit guter Bleibeperspektive, die der Bund jetzt öffnet.

Dafür stockt er die vorgesehenen Mittel entsprechend auf, und darüber hinaus werden Integrationskurse und berufsbezogene Sprachkurse stärker miteinander vernetzt. Das haben wir seit Monaten immer wieder gefordert.

Kurzfristig sollen im Rahmen des Arbeitsförderungsrechts überdies Maßnahmen zur Vermittlung erster Kenntnisse der deutschen Sprache gefördert werden. Auch das war bislang nicht möglich. All dies sind richtige Schritte, um die Aufgabe der Integration noch zielgerichteter anzugehen.

Es ist mir wichtig, in dieser Unterrichtung noch einmal eines deutlich zu machen: Wir stehen vor einer Reihe weiterer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Wir dürfen über die Versorgung und Integration der Flüchtlinge zu keinem Zeitpunkt vergessen, dass wir auch noch vor einer Reihe weiterer Herausforderungen stehen. Auch sie müssen wir weiter anpacken. Da wird und darf nichts zur Seite geschoben werden.

Ich stehe noch unter dem Eindruck einer Livesendung, die der WDR am Mittwoch letzter Woche durchgeführt hat. Dort wurde deutlich, wie wichtig es für die Politik in diesem Land ist – ich würde mich freuen, wenn das übergreifend der Fall wäre –, klarzumachen: Auch wenn wir die Unterbringung von Flüchtlingen organisieren, wird jetzt nicht bei den Kitas und Schulen gespart. Wir haben einen Blick darauf, dass wir mehr Wohnungen brauchen, damit bezahlbarer Wohnraum nicht der zentrale Engpassfaktor der Zukunft wird. Das ist ein wichtiges Signal, das hier gemeinsam ausgesandt werden sollte.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang ist wichtig: Wir haben uns am 24. September 2015 eben nicht nur mit der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen beschäftigt, sondern wir sind auch übereingekommen, zusätzliche Mittel für bezahlbare Wohnungen zur Verfügung zu stellen – 500 Millionen € pro Jahr in den nächsten Jahren.

Genauso wichtig ist es, dass wir jetzt die Spielräume, die sich durch das gestoppte Betreuungsgeld ergeben – das ja nicht genutzt wird und welches die Länder erhalten –, für Maßnahmen zur Verbesserung der Kinderbetreuung in den Kommunen einsetzen. Auch das fällt unter diese Rubrik. Wir dürfen die anderen Aufgaben nicht vernachlässigen.

Weil wir unverändert vor der gesellschaftlichen Herausforderung stehen, Langzeitarbeitslose wieder an das Erwerbsleben heranzuführen, ist es auch eine gute Nachricht, dass die Kanzlerin in der Pressekonferenz zugesagt hat, im Haushalt 2016 erhebliche zusätzliche Mittel für arbeitspolitische Maßnahmen bereitzustellen, um Menschen, die schon lange ohne Arbeit sind, wieder eine Perspektive auf Beschäftigung zu geben.

In der Sendung des WDR meldete sich eine langzeitarbeitslose Frau und stellte die Frage: Jetzt gibt es nur noch Maßnahmen für Flüchtlinge. Was tun Sie denn eigentlich für mich? – Ich finde, eine solche Frage muss die Politik in diesem Land beantworten. Deshalb ist es gut und richtig, für die entsprechenden Mittel gestritten zu haben. Ich freue mich, wenn diese dann im Haushalt in einer Größenordnung von 200, 300 Millionen € etatisiert werden können; so ist es im Moment geplant.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ein Blick noch auf die Finanzen – ich habe gesagt, ich wollte das gerne noch einmal genauer beleuchten –: Keine 24 Stunden nach der Verständigung im Kanzleramt habe ich die kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um über das weitere Vorgehen und die Verteilung der Bundesgelder zu beraten. Wir sind übereingekommen, jetzt sehr schnell eine grundsätzliche Verständigung über die Aufteilung zu erzielen.

In den Herbstferien wollen wir zu gemeinsamen Eckpunkten für eine solche Vereinbarung kommen; denn es ist das gemeinsame Ziel, dies dann auch in die Beratungen des Haushaltsplans 2016 einzuarbeiten, damit für die Kommunen Planungssicherheit für das kommende Jahr besteht.

Ich möchte jetzt deutlich sagen: Unser Ziel ist es, die Kommunen weitgehend von den Kosten der Flüchtlingsunterbringung und -versorgung zu entlasten. Bereits zugesagt ist, dass wir als Land die vom Bund noch für 2015 zugesagte weitere Milliarde Euro eins zu eins an die Kommunen weiterleiten. Das bedeutet eine zusätzliche Finanzhilfe von 216 Millionen € für die nordrhein-westfälischen Städte, Kreise und Gemeinden noch in diesem Jahr.

Bei den Eckpunkten wird es um die Anpassung des FlüAG – des Flüchtlingsaufnahmegesetzes – gehen. Dabei sind die vom Bund zur Verfügung gestellten 670 € pro Flüchtling und Monat ein wichtiger Baustein. Es scheint aber sinnvoll, die Systematik der Abrechnung, die wir als Länder jetzt mit dem Bund vereinbart haben, so weit wie möglich auch auf die Kostenteilung zwischen Land und Kommunen anzuwenden.

(Beifall von Hans-Willi Körfges [SPD])

Das ist nicht ganz einfach, weil der Bund jetzt monatlich zahlt; wir haben bisher eine jährliche Summe vereinbart. Wir müssen hier miteinander ins Ge-

spräch kommen, und diese Gespräche werden in den Herbstferien laufen.

Über den Stand der Beratungen habe ich die Fraktionsvorsitzenden in den letzten Tagen informiert. Es herrschte dann Einvernehmen, dass wir die Verständigung mit den kommunalen Spitzenverbänden abwarten und danach zu einem weiteren gemeinsamen Flüchtlingsgipfel auch die anderen gesellschaftlichen Gruppen einladen. Das wird nach den Herbstferien schnellstmöglich der Fall sein.

Meine Damen und Herren, die Beteiligung des Bundes ist dringend notwendig. Wir alle stehen vor großen Herausforderungen. Die Integration der Flüchtlinge ist nicht die einzige, aber sicherlich die aktuell drängendste. Darum ist es gut, dass auf allen politischen Ebenen die Dinge in Bewegung sind, um diese Aufgaben besser zu lösen. Alles in allem haben wir nach den Verhandlungen bessere Voraussetzungen, die Herausforderungen anzugehen und hoffentlich auch zu bestehen.

Doch es gibt weitere Hausaufgaben zu machen. Noch haben wir die Beschleunigung der Verfahren nicht, doch uns eint immerhin der Wille, dass wir das schaffen wollen. Wir müssen hart arbeiten, damit aus Tagen und Wochen des Willkommens Monate und Jahre des Willkommens werden, damit wir denjenigen, die auf der Flucht vor politischer Verfolgung und Vertreibung sind, auch weiterhin Schutz und Hilfe in Deutschland bieten können, und damit insbesondere die Chancen ergriffen werden, die die Zuwanderung für unser Land bietet.

Nun müssen wir die Weichen noch deutlicher in Richtung Integration derjenigen stellen, die auf Dauer bleiben. Je besser das gelingt, desto besser für Nordrhein-Westfalen.

Ich habe hier am 2. September dieses Jahres von einem Vertrauensvorschuss der Menschen gesprochen, von dem Vertrauen darauf, dass Zuwanderung ein Land stärken kann. Wir haben das in Nordrhein-Westfalen mehr als einmal in unserer Geschichte erfahren. Ich bin zuversichtlich: Wenn wir weiter so geschlossen und so einig an die Arbeit gehen, dann werden wir das erneut erfahren. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerpräsidentin. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um 3 Minuten und 19 Sekunden überschritten hat. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Laschet das Wort.

Armin Laschet (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerpräsidentin, vielen Dank für diese Unterrichtung, auch für die stän-

dige, fast tägliche Unterrichtung unserer Fraktion seitens des Innenministers sowie Ihre Unterrichtung der Fraktionsvorsitzenden in dieser Woche.

Ich will in meinem Wortbeitrag deutlich machen, worauf es aus unserer Sicht jetzt ankommt, wo es Gemeinsamkeiten zwischen Regierung und Opposition gibt, welchen Weg wir zusammen gehen, was wir kritisch sehen und was wir jetzt auch von Ihnen erwarten.

Aber lassen Sie mich zu Beginn eine Bemerkung zu der Debattenkultur in diesem Hause machen: Im Jahr 2001 haben wir eine Integrationsoffensive hier im Landtag gestartet, die sich dadurch auszeichnete, dass in den Jahren von 2001 bis 2005 bei diesem Thema hier Konsens herrschte, und das auch die Wortbeiträge der Redner auszeichnete.

Dies ist über einen Regierungswechsel hinaus auch von 2005 bis 2010 gelungen.

Deshalb: Wir sind bereit, hier zu helfen. Wir sind auch bereit, heute beim Haushalt darauf zu verzichten, das Verfahren mithilfe der Verfahrensregeln, die man eigentlich einfordern könnte, noch in die Länge zu ziehen, damit eben die Kommunen schnell das Geld bekommen.

Aber die Qualität der Beiträge der Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen in der letzten Debatte, insbesondere von Herrn Mostofizadeh zu religiösen Gefühlen, zum christlichen Engagement unserer Mitglieder! Herr Mostofizadeh, ich sage das jetzt nicht nur für mich persönlich. Ich werde das verkräften; notfalls gehe ich, wenn Sie es übertreiben. Aber hier sitzen 68 Kollegen, die vielfach in ihren Pfarrgemeinden verankert sind, die sich jeden Sonntag im Zusammenhang mit Flüchtlingen engagieren. Die haben es nicht verdient, in dieser moralinsauren Art, wie Sie das hier beim letzten Mal gemacht haben, beschimpft zu werden!

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Wir können hier viel gemeinsam machen. Aber wenn mal ein Vorschlag kommt, der Ihnen nicht ganz passt, dann ist es nicht richtig, zu sagen: Ihr unterscheidet zwischen „richtigen“ und „falschen“ Flüchtlingen, ihr tut dieses oder jenes, ihr folgt bayrischem Populismus!

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE]: So ist das doch!)

– Diese Fraktion folgt keinem „bayrischen Populismus“!

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Frau Beer, diese CDU-Landtagsfraktion unterscheidet sich von anderen Landtagsfraktionen durch ihre eigene nordrhein-westfälische Erfahrung. Wir dulden es nicht, dass Sie uns in eine Ecke drängen, in der wir nicht stehen. Das sage ich Ihnen klipp und klar!

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Der Bundespräsident hat am Wochenende gesagt ...

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Der Bundespräsident, Frau Beer, hat am Wochenende gesagt: Nicht gegenseitig denunzieren und bekämpfen, sondern sich in einen konstruktiven Dialog begeben.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Da kann auch mal, Frau Beer, ein Vorschlag dazwischen sein ...

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Gegenrufe von der CDU)

– Frau Beer, es kann auch mal ein Vorschlag dazwischen sein, der Ihnen in der Sekunde nicht passt. Das ist der demokratische Diskurs.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE]: Wie steht die CDU-Fraktion zu Frau Merkel?)

Wir haben manches vorgeschlagen vor vier Wochen, vor Monaten, was Sie jetzt mittragen. Dafür haben Sie uns vor vier Wochen noch beschimpft.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

So ist das in der Demokratie. Da muss man Konsens schaffen. Da muss man auch mal sagen: Okay, ich habe das vor vier Wochen anders gesehen. – Aber es kommen Woche für Woche 10.000 oder 15.000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen. Da sind vielleicht andere Maßnahmen erforderlich, als wir noch vor einem Jahr gedacht haben. Das gehört zu einem Lernprozess, auch in den Fraktionen eines Landtags. Und deshalb wäre es gut, wenn wir uns das gegenseitig zugestehen würden.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Laschet, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Beer zulassen?

Armin Laschet (CDU): Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident. – Danke schön, Herr Kollege Laschet. Würden Sie mir dann hier bitte Folgendes erklären? Meine Frage ist: Stärken Sie der Bundeskanzlerin in dem innerparteilichen Diskurs jetzt den Rücken für ihre Politik, die die Flüchtlinge in dieser Art und Weise hier nicht nur willkommen heißt, sondern auch versucht, sie zu unterstützen unter gemeinsamen Anstrengungen? Widerstehen Sie den Dingen, die wir bei der CDU in Nordrhein-Westfalen landauf, landab erleben, und die sich auch von dieser Linie entfernen?

(Widerspruch von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Laschet, bitte schön.

Armin Laschet (CDU): Also, manchmal lässt man Zwischenfragen zu, wenn man weiß, dass etwas ganz Dummes kommt. Das war jetzt der Fall.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie verfolgen, wie ich mich zu diesem Thema einlasse,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist Ihre Konsenspolitik!)

dann stellen Sie fest: Das ist natürlich eine klare Unterstützung dessen, was die Bundeskanzlerin und die Bundesregierung macht. Alles das, was wir heute beschließen, ist die Politik der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Ich bin ja froh, Frau Beer, dass wir es jetzt geschafft haben auf diesem Gipfel, dass auch die SPD und dass auch manche grünen Ministerpräsidenten zu dieser Politik der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin Ja sagen. Das ist doch der große Erfolg, den wir erzielt haben!

(Beifall von der CDU – Zuruf von Lutz Lienenkämper [CDU]: Nichts hat Nordrhein-Westfalen dazu beigetragen! Gar nichts!)

Es ist doch geradezu verrückt, was wir da erleben, auch von Ihnen. Noch vor acht Wochen ist die Bundeskanzlerin auf dem Titel des „Stern“ die „Eiskönigin“. Wie kann man nur einem kleinen Mädchen erklären, dass mancher auch gehen muss? Da war sie die „Eiskönigin“. Jetzt ist sie die „Mutter Theresa“ auf dem Titel des „SPIEGEL“. Vielleicht können wir mal sachlich über Themen reden und nicht in diesen Klischees, so wie Sie das machen.

(Beifall von der CDU)

Das, was wir in diesem Landtag brauchen, ist ein Konsens darüber, dass wir jetzt einen Sprint und einen Marathon vor uns haben. Der Sprint betrifft den vor uns liegenden Winter: eine winterfeste Unterbringung, eine gute medizinische Versorgung und ein zügiges Asylverfahren zu gewährleisten. Der Gipfel war eine gute Voraussetzung dafür. Es gibt gute Ergebnisse, die die Frau Ministerpräsidentin hier beschrieben hat. Und nach diesem Sprint, der unmittelbar vor uns liegt, steht ein großer Integrationsmarathon an.

Das, was dieser Gipfel beschlossen hat, ist die größte Veränderung des Asylrechts in den letzten 25 Jahren. Es sind auch Verschärfungen darin, die ich mir vor einem Jahr noch nicht hätte vorstellen können, die aber zwischen Bund und Ländern bei diesem Gipfel verabredet worden sind.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Das alles soll mit verkürzten Fristen bis zum 15. Oktober dieses Jahres durch Bundestag und Bundesrat gegangen sein. Das Bundeskabinett hat gestern, bereits am Dienstag, in einer außerordentlichen Kabinettsitzung getagt, damit das ganze Paket wirken kann.

Ich denke, der Bund wird – und das hat die Frau Ministerpräsidentin beschrieben – an der Frage der Dynamik der Finanzleistungen, an allem, was jetzt passiert, an jeder Zahlenentwicklung in vollem Umfang teilnehmen. Man muss nicht in ein paar Monaten wieder zusammensitzen und beim Bund um Geld bitten, sondern jetzt ist ein Einstieg in eine neue Systematik gefunden.

Ich will hier nicht alle Punkte dieses Paketes aufzählen, sondern mich in der verbleibenden Zeit darauf beschränken, vorzutragen, was das für die Landespolitik in Nordrhein-Westfalen bedeutet; denn in der Verabredung sind auch klare Anforderungen an die Landespolitik formuliert.

Wir glauben zunächst, dass wir in Nordrhein-Westfalen aufgrund der Politik der letzten Jahre schlechter als andere Bundesländer auf diese Situation vorbereitet sind. Wir erleben, was den Bundesfinanzminister angeht, dass er die Leistungen, die jetzt erforderlich sind, aufgrund einer klugen Finanzpolitik ohne neue Schulden gestalten kann. Neun Länder in Deutschland haben ein Plus in ihren Haushalten. Nordrhein-Westfalen nimmt, wie Sie wissen, bereits in diesem Jahr neue Schulden auf. Deshalb sind unsere Spielräume geringer als die bei anderen Ländern, die andere Vorsorge getroffen haben.

Der Kollege Hafke hat eben in der Debatte zum Familienbericht darauf hingewiesen, dass Nordrhein-Westfalen bei der U3-Betreuung – von den 16 Ländern sind wir dort Letzter – 57.000 Plätze zu wenig hat. In diese Kitas kommen jetzt zusätzlich Flüchtlingskinder. Die Integration würde schneller, leichter und besser gelingen, wenn wir im Mittelfeld der deutschen Länder liegen würden und nicht jetzt schon Probleme bei der U3-Betreuung hätten. Es wäre besser, wenn wir das hätten!

(Beifall von der CDU)

Was die Schulpolitik angeht: Wir werden – derzeit geschätzt – 40.000 schulpflichtige Flüchtlingskinder haben. Sie haben angekündigt, dass 2.600 neue Lehrerstellen geschaffen werden sollen. Das ist aber ungefähr die Dimension, die uns der Landesrechnungshof zu Beginn des Schuljahres genannt hat, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Wir haben also Unterrichtsausfall, und Sie haben die Inklusion vor Ort unzureichend ausgestattet. Deshalb sind wir nicht so gut darauf vorbereitet, diese riesige Aufgabe jetzt mit 2.600 Lehrern anzugehen. Zudem haben Sie das Ganze noch bis 2018 befristet.

(Beifall von der CDU)

Was ist denn das für eine präventive Politik, zu glauben, die Flüchtlingskinder, die jetzt in die Schule kommen, seien 2018 nicht mehr in der Schule? Wenn Sie schon so etwas machen, machen Sie das wirklich einmal mit dem Blick über den Tellerrand hinaus. Hören Sie auf die GEW, den VBE, auf LehrerNRW und all die Verbände, die sagen: Die Lehrer, die Sie bereitstellen, reichen nicht aus, um diese große Integrationsaufgabe zu schaffen.

(Beifall von der CDU)

Deshalb haben wir folgende Erwartungen an Sie:

Erstens. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben auf dem Bund-Länder-Gipfel dem Gesetzes- und Maßnahmenpaket im Namen unseres Bundeslandes zugestimmt. Tun Sie das jetzt auch im Bundesrat! Beim letzten Mal haben Sie den Ministerpräsidenten Kretschmann, was die sicheren Herkunftsländer anbelangt, allein gelassen. Stimmen Sie diesmal mit und verweigern Sie sich nicht erneut!

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Leiten Sie die Mittel an die Kommunen weiter. Wenn Sie das tun – für 2015 haben sie es zugesagt –, ist das in Ordnung. In manchen Interviews von Ihnen lese ich, dass Sie sagen, 2016 würde ein „Großteil der Mittel“ an die Kommunen weitergeleitet werden. Wir kennen es von vielen anderen Themen – Bafög-Mittel und anderes –, wie das dann geht. Deshalb: Wenn es anders kommt, sind wir froh. Heute kommt die Aufforderung von uns: Leiten Sie jeden Cent, den der Bund für die Kommunen gibt, auch an diese weiter!

(Beifall von der CDU)

Drittens. Sagen Sie uns – das war auch am Montag in dem Fraktionsvorsitzendengespräch noch offen –, ob Sie jeden Punkt umsetzen wollen, der da benannt ist. Die Grünen haben über das Wochenende ihrer Mitgliederschaft Mitteilungen zu Forderungen geschickt, in denen sie sagen: Dies und das und jenes in Bezug auf das, was da alles in Berlin verabredet wurde, werden wir in Nordrhein-Westfalen nicht machen. Da sind ein paar Fragen offen. Ich will gar nicht behaupten, ...

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was denn?)

– Also, die Kernfrage ist: Stimmt es, dass Sie diejenigen, die aus sicheren Herkunftsländern kommen und nicht schutzbedürftig sind, sechs Monate in den Landesaufnahmeeinrichtungen halten wollen? Oder wollen Sie den Kommunen weiterhin Menschen ohne Bleibeperspektive schicken? Das ist doch eine eindeutige Frage. Das ist in Berlin verabredet worden!

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

– Es ist ja gut, wenn Sie alles im Griff haben und es nur von der Technik abhängt. Sie haben dem in Berlin zugestimmt. Die Grünen sagen in ihre Klientel

hinein: Das alles werden wir nicht machen. Macht euch keine Sorgen.

Deshalb brauchen wir irgendwann – vielleicht nicht heute – eine Antwort auf die Frage: Wird die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen – wenn der Bund das Personal hat und wenn die Verfahren schneller durchgeführt werden – zum Ergebnis des Flüchtlingsgipfels stehen: Ja oder Nein?

(Beifall von der CDU)

Dann kommt die eigentliche Integrationsaufgabe. Sie hatten jetzt, Frau Ministerpräsidentin – weil ja in den letzten Wochen die drei Minister zufällig zu Ihnen kamen und nicht mehr weitermachen wollten –, die einzigartige Chance, mit einem Neuzuschnitt der Landesregierung auf diese große Integrationsaufgabe zu reagieren.

Das wäre die Chance gewesen, ein Integrationsministerium zu schaffen oder sogar bei der Staatskanzlei anzusiedeln, wo noch effektiver, noch besser eine Koordination all der Aufgaben, die jetzt zu erfüllen erforderlich sind, gelingen könnte, wo beispielsweise – in Bezug auf den Teil, den Sie zum Grundgesetz gesagt haben – die Landeszentrale für politische Bildung eng mit der Integration verknüpft werden könnte, wo die frühkindliche Bildung verknüpft würde und wo auch all das, was an Integrationsleistungen passiert, neben dem üblichen Ministeriumsablauf organisiert worden wäre. Diese Chance haben Sie leider vertan. Sie haben – das ist Ihr gutes Recht – dieses Ministerium wieder nach Regionalproporz besetzt.

Wenn Sie es aber schon nicht machen, werden wir von Ihnen hier im Plenum Monat für Monat abverlangen, dass diese große Integrationsaufgabe querschnittsmäßig und zentriert, geleitet von der Idee der Integration dieser künftigen deutschen Staatsbürger – viele von denen werden auf Dauer bleiben –, ausgeführt und nicht im Hickhack zwischen unterschiedlichen Ministerien zerstückelt wird, so wie wir es heute erleben.

(Beifall von der CDU)

Wir würden Sie außerdem noch einmal bitten – wir werden das im Haushalt auch per Antrag einbringen –, dass Sie bei den Themen „Schule“ und „Bildung“ nicht nur in Lehrerstellen und -kontingenten denken. Wir haben die Frage der Schulsozialarbeit hier oft thematisiert. Der Bund hat im letzten Jahr Bafög-Mittel in Höhe von 278 Millionen € an die Länder gegeben.

Wir hatten gesagt: Wir brauchen 100 Millionen € für die Schulsozialarbeit in den Kommunen. Sie haben den Kommunen inzwischen die Hälfte der Gelder auf anderem Wege für die Schulsozialarbeit gegeben. Das war allerdings vor einem Jahr angedacht, als noch gar keine Flüchtlinge da waren.

Bei den Flüchtlingen ist jedoch auch psychologische Betreuung nötig; da ist Schulsozialarbeit in einer

ganz neuen Art nötig, als das bisher der Fall war. Deshalb fordern wir Sie heute noch einmal auf, das Geld, das der Bund im letzten Jahr bereitgestellt hat, jetzt schnell den Kommunen für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen, damit es in den nächsten Wochen und Monaten vor Ort in die Haushalte einfließen kann.

(Beifall von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

Deshalb sage ich: Wir brauchen eine Diskussion darüber, wie wir die Systeme wieder so in Ordnung bringen können, dass jeder auch registriert wird. Der Innenminister hat noch einmal beschrieben, dass es schon ein großes Problem ist, die Menschen, die da sind, überhaupt zu registrieren und wieder zu geordneten Verfahren zu kommen. Da haben Sie unsere volle Unterstützung. Wenn uns das gelingt, würde das auch Nordrhein-Westfalen entlasten, weil wir dann vielleicht irgendwann wieder beim Königsteiner Schlüssel landen könnten.

Wir brauchen eine Politik an den Außengrenzen der Europäischen Union, die einen unbegrenzten Zuzug in der jetzigen Größenordnung verändert. Wir brauchen in der Tat eine Debatte – die außenpolitisch stattfindet – über ein Ende des Konflikts in Syrien. Manche haben seit Jahren gedacht: Das ist weit weg. Was haben wir in der Landespolitik mit Syrien zu tun? – Wir wissen heute: Wenn dieser Konflikt dort nicht beendet wird, landen die Menschen bei uns; das betrifft jede einzelne Kommune.

(Nadja Lüders [SPD]: Vier Jahre wissen wir das schon, Herr Laschet!)

Deshalb erfordert Politik manchmal etwas mehr, als nur im Landesrahmen zu denken. Sie haben heute erfreulicherweise mitgewürdigt, dass auch dies zu einer mittelfristigen Lösung des Konfliktes beiträgt.

Es wird die nächsten Wochen noch manchen Vorschlag geben, bei dem man die Stirn runzelt. Ich runzele auch schon mal die Stirn, meistens bei rotgrünen Vorschlägen, manchmal auch bei Vorschlägen aus der eigenen Fraktion. Es ist in einer solchen historischen Lage auch nicht ungewöhnlich, dass Menschen unterschiedlich denken. Johannes Rau – den man hin und wieder mal zitieren darf – hat gesagt: Weder von Ängsten noch von Träumen soll man sich leiten lassen.

Bundespräsident Gauck hat in den letzten Tagen gesagt: Wenn wir Probleme benennen und Schwierigkeiten aufzählen, so soll das niemals unser Mitgefühl, unser Herz schwächen. Es soll vielmehr unseren Verstand und unsere politische Ratio aktivieren.

Deshalb verstehen Sie all die Punkte, die unsere Kollegen bringen – die unsere Kollegen auch im Innenausschuss bringen –, die manchmal vielleicht nicht Ihre Zustimmung finden, als Anregung für die politische Ratio und das Herz, das wir in diesen

Wochen und Monaten mehr brauchen denn je. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall von der CDU – Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Laschet. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Römer das Wort.

Norbert Römer (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerpräsidentin hat es benannt: Am Ende dieses Jahres werden Hunderttausende Menschen zu uns nach Deutschland geflohen sein, weil sie bei uns Schutz vor Krieg und Verfolgung finden, weil sie auf ein besseres Leben hoffen.

Und das ist eine historische Bewährungsprobe. Wir werden sie dann bestehen, wenn sich alle politischen Ebenen, auch die Zivilgesellschaft, als eine Verantwortungsgemeinschaft verstehen, aber auch als Verantwortungsgemeinschaft handeln.

Zu lange lag die Last der Verantwortung allein auf den Schultern der Länder, auf den Schultern der Kommunen und auf den Schultern Abertausender Helferinnen und Helfer aus der Mitte unserer Gesellschaft. Am vergangenen Donnerstag – darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen – hat sich das geändert. Der Bund erkennt endlich seine Verantwortung an, und er will nun endlich für schnellere Asylverfahren sorgen.

Ja, das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Bund und Ländern – ich will das noch einmal herausstellen – ist ein Kompromiss, Herr Kollege Laschet – ein Kompromiss, bei dem wir nicht von allen Maßnahmen restlos überzeugt sind. Nicht jedes Land, das jetzt zu den sicheren Herkunftsländern zählen soll, ist auch ein solches.

(Christian Möbius [CDU]: Alles EU-Beitrittskandidaten!)

Aber weil es uns in Bund und Ländern gelungen ist, die Aushöhlung des deutschen Asylrechts zu verhindern und den Angriff von Teilen der Union auf das Grundrecht auf Asyl abzuwehren, deshalb ist dieser Kompromiss vertretbar und wird auch von uns mitgetragen.

(Beifall von der SPD)

Der gefundene Finanzierungsausgleich für Länder und Kommunen ist ein guter Anfang. Herr Kollege Laschet, in aller Klarheit: Wir bitten nicht in Berlin um Geld, sondern wir fordern die finanzielle Verantwortung des Bundes in dieser Frage ein – und zwar erfolgreich, wie das die Ministerpräsidentin herausgestellt hat.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ein guter Anfang. Die Aufstockung um 1 Milliarde € für alle Bundesländer für das Jahr 2015 entspricht exakt unserer Forderung. Wir werden die Summe von 216 Millionen € jetzt schnell und vollständig an die Kommunen weiterleiten. Dafür werden die beiden Koalitionsfraktionen morgen im Nachtragshaushalt sorgen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, sind herzlich eingeladen, dabei mitzumachen.

Die ab 2016 vereinbarte dynamische Beteiligung des Bundes an den Kosten für Flüchtlinge für die Dauer ihrer Asylverfahren wird den Bund – das hat die Ministerpräsidentin herausgestellt; ich bin da auch zuversichtlich – dazu antreiben, eine Beschleunigung der Asylverfahren nicht nur zu versprechen, sondern sie auch tatsächlich zu erreichen.

Ob diese beiden Variablen – fünf Monate Verfahrensdauer und 180.000 Flüchtlinge für 2016 – korrekt geschätzt sind, lässt sich heute noch nicht sagen. Umso wichtiger ist doch die vereinbarte Abrechnung pro Monat und Flüchtling, die als Gleitklausel Länder und Kommunen davor schützt, durch eine falsche Schätzung finanziell überfordert zu werden.

Dass die Mittel für das unselige Betreuungsgeld nun endlich dorthin fließen können, wo sie hingehören, nämlich in den Ausbau und die Qualität von Kindertagesstätten, ist ebenfalls ein Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Gleiches gilt für das 350-Millionen-€-Programm für die Betreuung von unbegleiteten Flüchtlingskindern.

Für meine Fraktion kann ich in der Gesamtschau festhalten: Das Ergebnis der Bund-Länder-Verhandlungen ist ein gutes Ergebnis.

Zu diesem Verhandlungserfolg möchte ich Ihnen, Frau Ministerpräsidentin, stellvertretend für alle Regierungschefs der Länder ganz herzlich gratulieren. Denn unter der Führung von Hannelore Kraft wurde Nordrhein-Westfalen zum Wortführer und zum Anwalt der Interessen, Sorgen und Nöte aller Kommunen in ganz Deutschland – wieder einmal, meine Damen und Herren. Und wieder einmal hat sich Ihre Hartnäckigkeit gelohnt, Frau Ministerpräsidentin.

Herr Kollege Laschet, ich kann ja verstehen, dass Sie der Ministerpräsidentin ihre bundespolitischen Erfolge nicht gönnen. Sie fürchten um Ihre Führungsrolle. Das ist völlig klar.

(Armin Laschet [CDU]: Ich habe sie doch gelobt!)

Die Tatsache, dass Sie uns vorhin in dieser beeindruckenden Art und Weise an Ihrer innerparteilichen Nabelschau haben teilhaben lassen, macht aber deutlich, welcher Druck im CDU-Kessel herrscht, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben auch vorhin wieder versucht, die Ministerpräsidentin, die Landesregierung und uns mit kleinkariertem Kritik zu überziehen – in der irrigen Annahme, Erfolge für Nordrhein-Westfalen seien Ihre Niederlagen, Herr Kollege Laschet.

Wir bleiben dabei: Wir freuen uns über dieses Verhandlungsergebnis, und wir gönnen der Ministerpräsidentin ausdrücklich diesen Verhandlungserfolg. Wir freuen uns mit Ihnen, Frau Ministerpräsidentin.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Herr Kollege Laschet, ich glaube ja auch, dass es nicht Aufgabe einer Opposition ist, die Erfolge einer Regierung zu preisen; selbstverständlich nicht. Aber Kritik ist wie gedrucktes Geld: Wer sie ohne Maß und Gegenwert verteilt, ruiniert sie durch Inflation. Am Ende ist die Kritik – auch Ihre – dann überhaupt nichts mehr wert, Herr Kollege Laschet.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Heiterkeit von Marc Herter [SPD])

Trotz aller Probleme und Herausforderungen – auch das will ich noch einmal festhalten – war Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das willens und imstande war, der Bayerischen Staatsregierung und der Stadt München zu helfen, als diese sich in ihrer Not nicht mehr selbst zu helfen wussten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So viel, Herr Kollege Laschet, zu Ihrem Vorwurf, andere Länder hätten die Situation besser im Griff. In Bayern weiß man es besser. Erkundigen Sie sich bei der CSU. Sie wird Ihnen das bestätigen.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Meine Damen und Herren, die Flüchtlingsbewegung verlangt von uns auch, ein Zukunftsbild für unser Land zu entwickeln. Ich bleibe dabei: Deutschland kann zu einem Land werden, das durch eine gelingende Integration von Einwanderern dynamischer, innovativer und wirtschaftlich erfolgreicher ist als viele andere Länder, die glauben, sich abschotten zu müssen. Das erfordert aber einen politischen Grundkonsens, meine Damen und Herren.

Herr Kollege Laschet, Sie haben vorhin wieder nicht die Frage beantwortet, ob die CDU dazu bereit ist. Haben Sie dazu den Mut? Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie vorhin die Gelegenheit genutzt hätten, uns das auch zu sagen.

Diese Frage muss ich leider, meine Damen und Herren von der FDP, auch an Sie richten. Sie hatten sich für Ihren letzten Bundesparteitag ein schönes Motto ausgedacht: German Mut statt German Angst. – Aber wo ist denn der liberale Mut in der Flüchtlingspolitik?

Der FDP-Vorsitzende Christian Lindner – er kann heute leider nicht da sein; er ist entschuldigt – gibt dem „Westfalen-Blatt“ ein Interview zu diesem

Thema, warnt vor Risiken für den Arbeitsmarkt, nennt den Optimismus der Wirtschaft naiv und fürchtet um die liberale Kultur in unserem Land. In jeder Antwort von Herrn Lindner: nur German Zweifel, German Bedenken, German Ängstlichkeit –

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: German Realismus! – Gegenruf von Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Nix Realismus!)

aber kein Zukunftsbild, keine Rede von Chancen, keine Spur von German Mut. Das, meine Damen und Herren von der FDP, ist wirklich enttäuschend. Ich hätte da mehr erwartet. Ich bin enttäuscht von dem, was der FDP-Vorsitzende gesagt hat.

(Beifall von der SPD)

Aber ich will Sie in Schutz nehmen; denn niemand beherrscht das Spiel mit Ängsten so gut wie die CDU, so gut wie die Union. Nichts scheint Unionspolitikerinnen und -politiker derzeit mehr umzutreiben als die Frage: Wann ist die Belastungsgrenze erreicht? Wann kippt die Stimmung? Man hört Sie so oft davor warnen, dass man glauben könnte, Sie könnten es gar nicht abwarten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Unverschämtheit!)

Herr Kollege Laschet, die stellvertretende CDU-Vorsitzende Julia Klöckner, Ihre Kollegin im CDU-Bundesvorstand, lässt mittlerweile keine Gelegenheit mehr aus, um aus Flüchtlingen eine Bedrohung für unsere Verfassung, unsere Bürgerrechte und die abendländische Kultur schlechthin zu machen.

Horst Seehofer lässt seine CSU den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán beklatschen, einen Rechtsnationalisten, der die europäischen Werte mit Füßen tritt.

Was treiben Ihre Parteifreunde da eigentlich, Herr Laschet? Dazu haben Sie nichts gesagt. Soll hier ein Stimmungswechsel vorweggenommen werden, von dem Ihre Kolleginnen und Kollegen glauben, er komme so oder so? Bereitet man mit Ihrer Hilfe, Herr Kollege Laschet, in Rheinland-Pfalz und in Bayern schon entsprechende Wahlkampagnen vor? Oder ist Ihnen die Willkommenskultur als solche suspekt?

Das sind doch die Fragen, die auch in der Öffentlichkeit gestellt werden und auf die Sie keine Antworten geben. Vielleicht verbirgt sich dahinter ja noch mehr als nur ein Wahlkampf kalkül.

Meine Damen und Herren, deshalb sollten wir eines festhalten: Das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte kennt keine Obergrenze. Das gilt auch für die Flüchtlinge, die aus der Hölle eines Bürgerkriegs zu uns kommen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir alle wissen, wer das gesagt hat. Die Bundeskanzlerin hebt das ausdrücklich hervor. Sie hat in

diesem Punkt unsere uneingeschränkte Unterstützung. Doch sie hat leider nicht die uneingeschränkte Unterstützung in ihrer Partei, Herr Kollege Laschet, ja nicht einmal die uneingeschränkte Unterstützung ihres eigenen Innenministers.

Deshalb sage ich mit aller Klarheit: Wer die Axt an das Grundrecht auf Asyl gemäß Art. 16a unserer Verfassung legen will, wird auf den erbitterten Widerstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stoßen.

(Beifall von der SPD)

Also: Die Stimmung in unserem Land ist nicht gekippt; die Stimmung in den Unionsparteien – auch das hat Ihre Nabelschau vorhin deutlich gemacht – offenbar schon. Angela Merkel hat angesichts des Friendly Fire auf ihre Flüchtlingspolitik gesagt – ich zitiere –:

„... , wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“

Meine Damen und Herren, die Empörung der Bundeskanzlerin teilen wir. Auch das will ich hier ausdrücklich festhalten.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Angesichts des Treibens in den Unionsparteien fragen wir uns aber auch:

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ist eine Partei, die glaubt, sich für das freundliche Gesicht ihrer Bundeskanzlerin rechtfertigen und entschuldigen zu müssen, noch die Partei dieser Bundeskanzlerin?

(Zuruf von der CDU: Da mache ich mir keine Sorgen!)

Auch darauf hätte ich von Ihnen gerne eine Antwort gehabt, Herr Kollege Laschet.

Meine Damen und Herren, was wir in Deutschland brauchen, um zu einer geordneten und kontrollierten Einwanderung jenseits des Asylrechts zu finden – auch das hat die Ministerpräsidentin herausgestellt –, ist ein Zuwanderungsgesetz. Und wir brauchen es jetzt, nicht erst in drei, in vier oder in fünf Jahren. Jetzt brauchen wir ein Zuwanderungsgesetz. Das würde uns in dieser schwierigen Situation helfen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Was wir ganz und gar nicht brauchen können, sind Kampagnen, die sich zugleich gegen die Solidarität mit Flüchtlingen und gegen den Mindestlohn wenden.

Wolfgang Goebel, Personalmanager von McDonald's und Chef des Bundesverbandes der Systemgastronomie, hat dazu das Richtige gesagt. Ich zitiere:

„Wir können nicht auf der einen Seite sagen, es kommt auf die Leistung an und Herkunft spielt keine Rolle, und auf der anderen Seite bei den Löhnen differenzieren.“

Der Personalmanager von McDonald's hat recht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb, meine Damen und Herren: Der gesetzliche Mindestlohn für alle bleibt.

Herr Kollege Laschet, wir werden auch nicht zulassen, dass Flüchtlinge und Langzeitarbeitslose gegeneinander ausgespielt werden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aus diesem Grund werden wir einer ersatzlosen Streichung der Vorrangprüfung nicht zustimmen, Herr Kollege Laschet. In aller Klarheit: Wir lassen nicht zu, dass sie gegeneinander ausgespielt werden.

Meine Damen und Herren, nicht alle, die zu uns kommen, werden bleiben können. Aber sehr viele werden bleiben. Sie werden dann nicht mehr Flüchtlinge, sondern Einwohner unseres Landes sein, viele sogar Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben jetzt die Chance, durch öffentliche Zukunftsinvestitionen eine historische Integrationsleistung zu vollbringen. Diese Chance wollen wir nutzen. Mit unserem Nachtragshaushalt 2015 – auch darauf hat die Ministerpräsidentin hingewiesen – und dem Haushalt 2016 stellen wir die ersten Weichen.

Dabei muss eines ganz klar sein: Die Flüchtlinge, die Menschen, die zu uns kommen, sind nur der Anlass, nicht aber der Grund für diese Investitionen, die sich in 15 Jahren mit einem Vielfachen rentieren werden; denn alle Menschen in unserem Land brauchen Bildung, Arbeit und bezahlbaren Wohnraum. Es gibt immer noch zu viele, die davon zu wenig haben. Auch das ist Antrieb für unsere vorbeugende Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir jetzt den Mut haben, Probleme anzupacken und nicht zu ignorieren, wenn wir jetzt die Kraft aufbringen, Investitionen zu stemmen und nicht aufzuschieben, kann Deutschland in 15 Jahren ein stärkeres, ein gerechteres Land sein, als es heute ist. Dafür arbeiten wir mit ganzer Kraft – mit Mut zur Zukunft für unser Land, für alle Menschen in unserem Land. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Römer. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Römer, ich glaube, die Debatte, die wir vor vier Wochen hier geführt haben, hat gezeigt, dass gerade die Fraktion der FDP hier mit vielen konstruktiven Vorschlägen unterwegs gewesen ist.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Das war nicht das erste Mal in dieser Debatte. Insofern läuft Ihr Vorwurf, den Sie eben geäußert haben, vollkommen ins Leere.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, seitdem wir das letzte Mal hier im Plenum über dieses Thema gesprochen haben, sind vier Wochen vergangen. In diesen vier Wochen hat Deutschland über 200.000 Flüchtlinge aufgenommen. Das verändert natürlich auch eine Diskussion.

Ein Punkt ist mir heute ein bisschen zu kurz gekommen, nachdem wir ihn beim letzten Mal sehr ausführlich gewürdigt hatten: Für diese immense Leistung gilt der Dank – ich denke, das kann ich für alle Fraktionen sagen – den Ehrenamtlern, aber auch den vielen Hauptamtlichen, die bis an die Erschöpfungsgrenze gearbeitet und diese Aufnahme ermöglicht haben.

(Beifall von der FDP, der SPD und den PIRATEN – Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kommunen stehen unter großem Druck. Viele Helfer sind erschöpft. Das reguläre Asylsystem funktioniert nicht mehr so, wie es soll. Viele Flüchtlinge sind derzeit nicht einmal ordentlich registriert. Wir sprechen offen und zu Recht von einer Krise, die wir bewältigen müssen.

Aber auch in der Krise muss die Haltung klar sein. Darum möchte ich für die Freien Demokraten noch einmal ausdrücklich betonen: Das Grundrecht auf Asyl und die Genfer Flüchtlingskonvention stehen für Liberale nicht zur Disposition.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Bei Menschenrechten gibt es keinen Rabatt.

Meine Damen und Herren, bei der Bewältigung dieser Krise gibt es keine einfachen Lösungen, sondern nur komplexe Lösungen. Populistische und ressentimentgeladene Parolen vergiften das Klima und stärken nur die politischen Ränder. Die ÖVP hat in Österreich gerade die Erfahrung machen müssen, wie es ist, wenn man die Rahmenerzählungen von Rechtspopulisten übernimmt. Dann wird am Ende die FPÖ gestärkt. Das ist keine gute Entwicklung, die wir dort erleben.

Allerdings – und damit bin ich wieder bei Ihnen, Herr Römer – bedarf die derzeitige Lage auch keiner

Romantisierung. Wir brauchen German Mut. Wir brauchen aber auch German Realismus.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Deswegen spreche ich auch einfach aus, wie es eigentlich ist: Nicht jeder, der zu uns kommt, ist automatisch eine Bereicherung. Der Anteil an unangenehmen Zeitgenossen dürfte bei den Flüchtlingen ähnlich hoch sein wie bei der einheimischen Bevölkerung. Deswegen müssen wir vernünftig damit umgehen.

Dazu gehört dann auch, dass die Bürgerinnen und Bürger hier über ihre Sorgen und Ängste sprechen können, ohne dass sie das Gefühl haben müssen, sofort in der rechten Ecke zu stehen. Wir dürfen Ängste nicht schüren, sondern müssen sie mit vernünftiger Politik überwinden.

Wir haben in den vergangenen Wochen auch einige naive Beiträge gehört. Diese Naivität schafft Verunsicherung.

Wenn beispielsweise Frau Göring-Eckardt die Ankunft Tausender Flüchtlinge auf deutschen Bahnhöfen als „Septembermärchen“ verklärt, dann ist das nicht nur völlig naiv, sondern auch unangemessen gegenüber Flüchtlingen, die Heimat und oftmals Angehörige verloren haben

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Es geht um die Willkommenskultur! Das macht auch die Kanzlerin! Unglaublich!)

und einen langen Marsch aus ausgebombten Städten zu uns hinter sich haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Eine Analogie zwischen ankommenden Flüchtlingen und einer Fußballweltmeisterschaft ist geradezu grotesk.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Meine Güte!)

Deutschland braucht weder Populismus noch Romantik, sondern vernünftiges und nüchternes Handeln, Frau Beer. Dieses Handeln haben wir in Bund und Land in der Vergangenheit leider vermissen müssen. Es war unverantwortlich, dass sich die Politik in die Sommerpause verabschiedet hat und die Kommunen mit den Flüchtlingen alleingelassen hat.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Meine Güte!)

Es war unverantwortlich, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge quantitativ und qualitativ nicht an die Entwicklung angepasst wurde. Es ist in diesem Zusammenhang – das muss ich auch einmal in Richtung Union sagen – schon bizarr, dass sich ausgerechnet der Ex-Innenminister Friedrich, der in seiner Amtszeit den Grundstein für diesen Berg an nicht erledigten Altfällen gelegt hat, zum Lautsprecher in der Union hochstilisiert.

Das ganze Ausmaß des Dilettantismus beim BAMF ist uns erst in den letzten Wochen deutlich geworden. Es ist doch unerklärlich, dass bis heute kein Datenabgleich zwischen dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Bundespolizei und den Landesbehörden möglich ist. Es ist unerklärlich, dass im heutigen Zeitalter der Digitalisierung so etwas immer noch der Fall sein kann und mit welchem langsamem Tempo man sich mit diesem Thema auseinandersetzt.

Aber auch Nordrhein-Westfalen – das gehört zur Wahrheit dazu – hat sich nicht mit Ruhm bekleckert. Dass bei uns Tausende Flüchtlinge ohne Registrierung in den Kommunen landen, ist fatal und nicht zuletzt die Verantwortung der Bezirksregierung Arnsberg, die Sie haben gewähren lassen, Herr Minister Jäger. Was dem Bund das BAMF, ist dem Land die Bezirksregierung Arnsberg. Hier hätte man viel früher und viel konsequenter anpacken müssen.

Meine Damen und Herren, zur Analyse gehört auch dazu, dass der größte Fehler möglicherweise darin gelegen hat, dass die Bundeskanzlerin ohne Absprache mit den europäischen Partnern öffentlich den Eindruck vermittelt hat, Deutschland könne jetzt grenzenlos Flüchtlinge aufnehmen. Angesichts von derzeit 200.000 Flüchtlingen im Monat ersetzt ein trotziges „Wir schaffen das!“ nicht ein schlüssiges Konzept.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir setzen dem „Wir schaffen das!“ ein nüchternes „Wir können das schaffen, wenn wir richtig handeln!“ entgegen. Darum haben wir als FDP hier bereits seit Monaten Vorschläge gemacht, wie aus der ungesteuerten eine gesteuerte Einwanderung werden kann.

Vieles von dem, was wir vorgeschlagen haben – darüber freuen wir uns –, ist jetzt auf dem Bundesländer-Gipfel beschlossen worden. Als ich die entsprechenden Vorschläge gemacht habe, Herr Mostofizadeh, bin ich von Ihrer Fraktion hier noch des Rechtspopulismus gezeitigt worden. Insofern sollte man immer sehr vorsichtig sein mit dem, was man verkündet, wenn man es nachher auch entsprechend halten soll.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir sagen aber auch ganz klar, dass wir es für einen großen Fehler halten – hier sind uns auch mit der Ministerpräsidentin einig –, dass die Große Koalition nicht die Größe hat, sich auf ein Einwanderungsgesetz zu verständigen. Ein Teil des Schlüssels zu einer geregelten Zuwanderung liegt natürlich auch in einem systematischen Einwanderungsgesetz, das man auch in den Herkunftsländern kommunizieren kann, damit an dieser Stelle der Druck vom Asyl genommen wird. Wir respektieren ausdrücklich, dass sich unsere Forderung nach einer geregelten Zuwanderung aus dem Balkan in den Beschlüssen wiederfindet. Aber wir hätten uns hier

einen umfassenderen und mutigeren Schritt gewünscht.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, auch wenn der Gipfel mindestens drei Monate zu spät gekommen ist, geht es jetzt darum, die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen zügig umzusetzen.

Dabei – das will ich noch einmal ganz deutlich sagen – erwarten wir, dass jeder Cent an Bundesmitteln auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Wenn auch nur ein Cent dazu genutzt würde, Haushaltslöcher im Landeshaushalt zu stopfen, dann wäre das eine Unverschämtheit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Ministerpräsidentin, Sie haben angekündigt, über die Herbstferien mit den kommunalen Spitzenverbänden eine auskömmliche Finanzierung zu verabreden und erst danach zu einem NRW-Flüchtlingsgipfel, den wir ja schon für diesen Freitag gefordert hatten, einzuladen. Nach den Informationen, die sie uns in der Unterrichtung gegeben haben, sind wir mit diesem Verfahren einverstanden.

Wir möchten aber, dass auf diesem Gipfel dann auch darüber gesprochen wird, wie wir systematisch diese Punkte umsetzen, die dort im Bund beschlossen worden sind. Das gilt auch – an die Adresse der Grünen gerichtet – in Bezug darauf, wie wir differenziert damit umgehen – nicht nach Menschen erster und zweiter Klasse, aber nach Flüchtlingen mit und ohne Bleibeperspektive.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Denn nur das wird die Chance sein, dass wir hier wieder zu geordneten Verfahren kommen.

Frau Kollegin Düker – wenn ich Ihre Unterhaltung unterbrechen darf –, insofern ist es ein Fehler, wenn Sie von vorneherein ausschließen, dass es einen längeren Verbleib als drei Monate in den Landeseinrichtungen für Menschen ohne Bleibeperspektive geben soll. Es ist bitter. Es ist für jeden bitter. Wie wir wissen, stecken Einzelschicksale dahinter, die zum Teil aus bitterer Armut kommen, aber zum Teil nicht politisch verfolgt sind. Zur Ehrlichkeit gehört dazu, dass diese Menschen nicht dauerhaft hierbleiben können und dass sie auch zurückgeführt werden müssen.

Da ist eine Teilintegration in den Kommunen eben nicht hilfreich, sondern verschlimmert die Situation noch. Erst dadurch entstehen viele, viele soziale Härten, die dann teilweise sogar eine Rückführung gar nicht mehr möglich machen. Aber wir brauchen jetzt die Plätze für die tatsächlich Schutzbedürftigen aus den Bürgerkriegsgebieten und die politisch Verfolgten. Deswegen brauchen wir hier auch eine klare Entscheidung, dass wir hier zu einer Unterscheidung kommen. Ich weiß, dass das wehtut. Aber das ist leider unvermeidbar, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen aber nicht nur über die Unterbringung sprechen, sondern auch darüber, wie wir eine so große Zahl von Menschen mit zum Teil ganz unterschiedlichen kulturellen Herkunftsfamilien hier in Deutschland zusammenführen können.

Sie haben sich eben auf das Interview mit Christian Lindner bezogen. Deswegen will ich noch einmal klar für uns als Fraktion sagen: Den einfach so formulierten Satz „Deutschland muss sich ändern“ teilen wir so nicht; denn er fördert wieder vielfach Ängste. Natürlich wird es in Deutschland auch bestimmte Veränderungen geben – in dem Sinne, dass es vielfältiger wird, dass wir hoffentlich auch an mancher Stelle ein bisschen weniger bürokratisch werden und dass wir vielleicht ein bisschen flexibler werden.

Aber eines ist für uns klar: Die offene Gesellschaft hier in der Bundesrepublik Deutschland steht nicht zur Disposition. Wir sind stolz auf die innere Liberalität dieses Landes. Wir sind stolz darauf, dass wir erkämpft haben, dass heute ein schwules Pärchen händchenhaltend durch Olpe laufen kann, dass wir eine Gleichberechtigung von Mann und Frau haben und dass die Muslima in diesem Land selbst entscheidet, ob sie ein Kopftuch trägt oder nicht.

(Beifall von der FDP)

In vielen Ländern ist das aber anders.

Anfangs habe ich gesagt, dass es keinen Rabatt auf Menschenrechte gibt. Das gilt selbstverständlich auch für Flüchtlinge. Wer dauerhaft bei uns bleiben will, der muss unsere Rechtsordnung voll umfänglich akzeptieren.

(Beifall von der FDP)

Darum müssen wir mit der Integration ganz früh beginnen, sowohl bei den Kleinen im Rahmen der frühkindlichen Bildung als auch bei denjenigen, die als Erwachsene neu bei uns sind. Das sollten wir nach Möglichkeit – dort, wo es räumlich geht – bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen tun, und zwar mit Integrationskursen, in denen wir die Zuwanderer an die Hand nehmen, in denen wir die Flüchtlinge an die Hand nehmen und ihnen unsere Werteordnung vermitteln.

Herr Römer, wir haben dazu auch heute wieder einen umfassenden Antrag vorgelegt. Wir werden dafür plädieren, dass die vorliegenden Anträge in einer gemeinsamen Anhörung zu all den verschiedenen Anträgen diskutiert werden, die momentan durch die Ausschüsse wabern. Wenn Sie sich diese Anträge angucken, werden Sie sehen, wie groß der Anteil der FDP-Anträge mit konkreten Vorschlägen zur verbesserten Aufnahme und zur verbesserten Integration ist. Wir sind nicht die Partei, die hier aus Showgründen immer Dinge zur direkten Abstimmung stellt. Wir stellen uns den Fachberatungen in den Ausschüssen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft Integration in Arbeit schaffen. Wir haben ja alle erlebt – es war ja jetzt wieder Tag des Handwerks –, wie viele Handwerksmeister bereit sind, sich hier zu engagieren.

Wir wissen aber auch, dass nicht alle die notwendige Qualifikation mitbringen. Gerade deswegen ist das auch wichtig. Da werden wir Geld in die Hand nehmen müssen. Wir müssen uns auch darüber unterhalten, wie wir das stemmen werden. Aber wir müssen die Flüchtlinge dann auch schnell in die Situation versetzen, in der wir sie in den ersten Arbeitsmarkt bekommen. Das wird ein Kraftakt. Wenn wir alle gemeinsam daran arbeiten, wird aber auch das möglich sein.

Dazu gehören aber auch Entbürokratisierung am Arbeitsmarkt und Flexibilisierung. Ich sage Ihnen eines: Sie müssen nicht immer reflexhaft unterstellen, man wolle Gruppen gegeneinander ausspielen. Aber es wird Leute geben, die aus Analphabetismus kommen oder mit einer ganz geringen Schulbildung und die wir Stück für Stück an den Arbeitsmarkt heranführen müssen. Wenn für diese Menschen nicht von Anfang an der Mindestlohn gezahlt werden kann, dann sollten wir uns ernsthaft darüber unterhalten, wie wir das so organisieren können, dass das nicht missbraucht wird, aber wie wir umgekehrt auch genügend Flexibilität schaffen, damit diese Menschen in Arbeit kommen; denn Arbeit ist die beste Integration, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Wir stehen – das hat die Ministerpräsidentin ausgeführt; das hat auch der Kollege Laschet ausgeführt – vor einer historischen Herausforderung für Deutschland, und wir stehen vor einer historischen Herausforderung für uns in Nordrhein-Westfalen. Ich wiederhole es noch einmal: Wir können es schaffen, wenn wir richtig handeln – nicht populistisch und nicht romantisch, sondern mit Nüchternheit, mit Pragmatismus und beherzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Nun spricht für die grüne Fraktion der Fraktionsvorsitzende Herr Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich in Richtung von Herrn Kollegen Stamp sagen: Wenn Frau Göring-Eckardt von einem Septembermärchen spricht, spricht sie nicht darüber, wie viele Menschen gekommen sind, sondern sie hat versucht, ihrer Freude darüber Ausdruck zu geben, wie die Willkommenskultur an den Bahnhöfen

ist und dass die Menschen die Flüchtlinge aufnehmen und begrüßen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Was das mit Romantik zu tun hat und warum Sie sie dieser Stelle diskreditieren müssen, das bleibt, glaube ich, Ihr Geheimnis.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte zunächst einmal ausdrücklich meinen Dank und meinen Respekt gegenüber der Ministerpräsidentin zum Ausdruck bringen. Sie hat nicht nur auf der Ministerpräsidentenkonferenz – sie ist dabei von anderen Mitgliedern der Landesregierung intensiv unterstützt worden – sehr gute Arbeit geleistet, sondern sie hat auch mit uns sehr vertrauensvoll zusammengearbeitet und auch – das ist aus den Beiträgen der anderen Fraktion deutlich geworden – dieses Parlament jederzeit und in vollem Umfang unterrichtet. Ich möchte Ihnen ganz herzlich für diese Arbeit danken.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte Ihnen auch, liebe Frau Ministerpräsidentin, danken, dass Sie klare Worte bei der Bewertung gefunden haben. Sie haben gesagt: Es ist ein Kompromiss, der in Berlin geschlossen worden ist, und dieser Kompromiss ist nun umzusetzen. – Das teilen wir ganz ausdrücklich.

Sie haben auch klare Worte für das gefunden, was vorher auf dem Tisch gelegen hat, nämlich die, so nenne ich es zumindest, „Liste des Grauens“ aus dem Bundesinnenministerium,

(Heiterkeit von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Ministerin Sylvia Löhrmann)

die eine Woche vor dem Gipfel auf den Tisch gelegt worden ist. Was da aus Berlin gekommen ist, war komplett inakzeptabel.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich sage es auch ganz eindeutig: Bei diesem Kompromiss gibt es eine ganze Menge sinnvoller Regelungen, die getroffen worden sind, und einiger Unsinn wurde verhindert – das ist eben schon erwähnt worden –, leider nicht jeder Unsinn. Aber da sind wir uns in den Koalitionsfraktionen ganz einig, und der Versuch, einen Keil zwischen uns zu treiben, wird erfolglos bleiben.

Gut ist, dass die Menschen vom Westbalkan jetzt eine Einwanderungsperspektive über den Arbeitsmarkt haben. Wir nennen das einen Einstieg in ein Einwanderungsgesetz. Wir haben zwar noch kein Einwanderungsgesetz, aber es ist eine ungedeckelte und klare Perspektive, zumindest über den Ar-

beitsmarkt nach Deutschland regelgerecht einwandern zu können.

Zweitens ist es eine Verbesserung, wenn auch eigentlich schon lange zugestanden, dass die Gesundheitskarte jetzt geregelt wird. Da möchte ich doch noch einmal, Herr Kollege Laschet, darauf hinweisen, dass unter anderem Herr Krings und weite Teile der CDU in Deutschland diese Gesundheitskarte als „unsinnigen Pull-Effekt nach Deutschland“ bezeichnet haben.

(Armin Laschet [CDU] zuckt mit den Schultern.)

Das zeigt doch die Zerrissenheit in der CDU.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Drittens. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt: Der Bund – darauf hat der Kollege Römer hingewiesen – erkennt erstmals an, dass auch er für die Kosten der Flüchtlingspolitik überhaupt zuständig ist. Die Summen, die jetzt ausgehandelt worden sind, sind ein substanzieller Fortschritt in dieser Frage. Das will ich ganz ausdrücklich feststellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Norbert Römer [SPD]: Ja!)

Aber dazu hat Kollege Laschet geschwiegen. Jetzt, nachdem der Gipfel vorbei ist, versucht er wieder, Geländegewinne zu machen und nicht, etwa mit Nachdenklichkeit diesen Gipfel auszuwerten.

Vielmehr spricht er in einem Interview davon, dass man doch jetzt die Vorrangprüfung für Flüchtlinge abschaffen müsse. – Ja, Herr Kollege Laschet, es ist bürokratischer Unsinn, diese Vorrangprüfung durchzuführen, aber es war die B-Seite. Das sei noch mal erklärt: Die B-Seite sind die unionsgeführten Bundesländer, die wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben, dass das unbedingt in die Einigung für den Gipfel kommen muss.

(Beifall von den GRÜNEN und Hans-Willi Körfiges [SPD])

Natürlich konnte in den letzten Tagen auch die Dauerleier der CDU nicht fehlen, dass in Bayern angeblich alles besser ist.

(Armin Laschet [CDU]: Was ist denn an der Aussage falsch?)

Sie haben es mehrfach versucht mit dem Argument, dass man die Bundesgelder eins zu eins an die Kommunen weiterleiten muss.

Ich zitiere Herrn Maly, den Vorsitzenden des Bayerischen Städtetages. Er sagte in einer Pressemitteilung:

„Positiv ist, dass für die Dauer der Asylverfahren Bund und Länder einen Kompromiss gefunden haben, mit dem man leben kann.“

– Nicht: „der wunderbar ist“, sondern: „mit dem man leben kann.“ –

„Jetzt muss der Freistaat Bayern aber endlich die Kommunen an den Bundesmitteln beteiligen. Bislang hat Bayern hiervon nichts abgegeben.“

Wörtliches Zitat von Herrn Maly.

(Beifall von den GRÜNEN – Andrea Asch [GRÜNE]: Aha!)

Das sagte er am 25. September. Das hört sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, doch völlig anders an als Söders Erzählungen aus Tausendundeiner Nacht und die Beteuerungen der hiesigen CDU-Opposition, in Bayern sei alles viel besser, und die Bayern behandelten ihre Kommunen noch viel besser als wir in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Für die nicht ganz Kundigen in diesem Zusammenhang gebe ich einen Hinweis auf das Gemeindefinanzierungsgesetz. Bayern beteiligt die Kommune mit 425 € pro Kopf an den Steuereinnahmen des Landes, Nordrhein-Westfalen mit 568 €. Es liegt damit mit Baden-Württemberg an der Spitze. Wenn wir unsere Kommunen wie die Bayern behandeln würden, müssten wir nach den Vorstellungen der CDU 2,5 Milliarden € weniger überweisen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Auch bei der Verteilung der Bundesmittel für Flüchtlinge ist es doch völlig klar: Die 216 Millionen €, die auch vom Bund in diesem Jahr zusätzlich kommen, werden eins zu eins ohne jede Diskussion an die Kommunen überwiesen; da gibt's überhaupt keine Debatte.

Auch für 2016 ist doch völlig klar, dass alle Ausgaben der Kommunen dem Sinn folgen müssen, dass diejenigen, die die Flüchtlinge betreuen, natürlich eins zu eins die Kosten erstattet bekommen. In dieser Frage gibt es doch auch überhaupt keinen Dissens. Nur: Wenn allerdings das Land Flüchtlinge unterhält, können Sie nicht verlangen, dass wir den Kommunen Kosten erstatten, die bei uns anfallen. Da bitte ich auch ein Stück um Verständnis.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem dritten Nachtragshaushalt, der heute vorgelegt wird – darauf hat die Ministerpräsidentin bereits hingewiesen –, werden wichtige weitere Schritte der Integration gemacht. 220 Millionen € bekommen die Kommunen in Nordrhein Westfalen zusätzlich für die Unterbringung der Flüchtlinge erstattet.

Ich habe eben darauf hingewiesen: Weitere 216 Millionen €, die eins zu eins Bundesdurchleitungen sind, werden wir im Nachtragshaushalt ebenfalls mit verankern. 2.600 zusätzliche Lehrerinnen und Leh-

rer werden bereitgestellt, 250 neue Stellen für Polizistinnen und Polizisten sowie 150 Personen, die für die Registrierung zuständig sind. Nicht zu vergessen – Stichwort: Beschleunigung der Verfahren –: Es werden auch Dutzende von Richterinnen und Richtern eingestellt, was dazu führt, dass das, was der Bund nicht geschafft hat, in Nordrhein-Westfalen deutlich schneller ablaufen kann.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt Nordrhein-Westfalen im Bundesländervergleich ganz vorn. 3.600 zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer sind für die Integration im Land mehr als das, was alle anderen Bundesländer gemeinschaftlich auch nur angekündigt haben.

Ich danke der Opposition ausdrücklich dafür, dass sie dem beschleunigten Verfahren zugestimmt hat, sodass wir noch im Oktober die Mittel auszahlen können. Herzlichen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Ich will jetzt, weil die Ministerpräsidentin das schon gemacht hat, nicht in aller Breite darauf eingehen, was an sachfremden Punkten hat verhindert werden können. Einige will ich aber doch herausgreifen.

Wir haben verhindert, dass die Länder diese unsinnige Regelung mitmachen müssen, Sachleistungen statt Geld auszugeben. Stellen Sie sich das einmal vor: Da sind dann Beamtinnen und Beamte oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter damit beschäftigt, statt Kleinstbeträge an Geld auszugeben an jeden eine Zigarette, Kaugummis, Bustickets oder Bleistifte auszuteilen. Das ist doch Bürokratiewahnsinn, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das Gängeln und das Drangsalieren von Flüchtlingen verkürzt die Verfahren um keine Minute, sondern führt zu weiterem Aufwand, der nicht akzeptabel ist.

Nicht verschweigen möchte ich auch, dass es Zugeständnisse gegeben hat, die meiner Partei nicht leichtgefallen sind. Herr Römer hat bereits darauf hingewiesen. Wenn im Kosovo die Grenzen noch durch die Bundeswehr bzw. durch KFOR-Truppen gesichert werden müssen, haben wir erhebliche Probleme, den Kosovo als sicheres Herkunftsland einzuschätzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir glauben auch nicht – diese Meinung teile ich ausdrücklich –, dass das dazu führen wird, die Menschen davon abzuhalten, hierher zu kommen und Asyl zu beantragen oder auf anderem Wege ihre Situation zu verbessern. Es hilft auch den BAMF-Mitarbeitern bei den Verfahren nicht, weil der Verfahrensablauf bei einem sachgerechten Asylverfahren trotzdem eingehalten werden muss, solange es – da wird es spannend – bei einem Individual-

recht auf Asyl bleibt, es sei denn, die CDU/CSU strebt allen Ernstes an, das Grundrecht auf Asyl einzuschränken. Dann würde ein Schuh daraus werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da schließe ich mich Herrn Römer an: Weder die Landtagsfraktion der Grünen in Nordrhein-Westfalen noch irgendeine andere Landtagsfraktion noch die Bundestagsfraktion wird mittragen, dass das Grundrecht auf Asyl in Deutschland eingeschränkt wird.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Uns liegt ein Kompromiss mit Licht und Schatten vor. Dazu stehe ich. Wir werden, wenn dieser Kompromiss eins zu eins umgesetzt wird – das betone ich ausdrücklich –, diesen Kompromiss auch mittragen. Wir werden keine Koalitionskarte im Bundesrat ziehen. Das setzt allerdings voraus – das will ich auch klar sagen –, dass der Bundesinnenminister und Teile der CDU – da ist Wachsamkeit angesagt – diesen Kompromiss weder verwässern noch anscharfen. Das müssen die Beratungen in den nächsten Tagen zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Kollege Laschet, Sie haben vorhin – ich möchte das von Herrn Römer Ausgeführte fortsetzen – ein paar Punkte in unsere Richtung angesprochen. Ich finde schon, dass die CDU in der Asylpolitik tief gespalten ist. Wenn ich Herrn Strobls Bootsmetapher – das Boot ist nicht voll, aber es sitzen zu viele Falsche drin – höre, dann wird mir fast schlecht.

(Beifall von den GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Auch der Versuch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation, die in den Flüchtlingsunterkünften sicherlich nicht einfach ist, mit einem Clash of Civilization zu erklären oder damit, dass Mohammed möglicherweise schuld sei, dass ein wahrscheinlich wirklich frauenfeindlicher Imam Frau Klöckner nicht die Hand gegeben hat, geht nicht.

Das ist doch nicht die Ursache dafür, dass es Auseinandersetzungen in Flüchtlingsunterkünften gibt, sondern das ist die Basis für eine Verschärfung der Debatte beim Thema Asylrecht. Das machen Sie ganz bewusst – nicht in Nordrhein-Westfalen, aber Frau Klöckner ist Bundesvize und Herr Strobl ist es auch. Die CDU hat eine klare Teilung zwischen guten Flüchtlingspolitikern und einer Kanzlerin, die versucht, ein humanes Asylrecht durchzusetzen.

(Armin Laschet [CDU]: Was macht denn der Oberbürgermeister in Duisburg? Sie sind immer nur einäugig!)

– Der Oberbürgermeister von Duisburg gehört nicht einmal meiner Partei an. Deswegen bitte ich um Verständnis, dass ich darauf jetzt nicht eingehe.

Herr Laschet, Sie müssen sich schon entscheiden – Sie stehen an einem Scheideweg –, ob Sie die Kampagne eines Volker Rühle aus den 90er-Jahren wiederholen wollen oder ob Sie die Kanzlerin unterstützen, die jetzt angegriffen wird. Die Kanzlerin wird von Herrn Seehofer als Wohlfühlsprechkanzlerin abgetan.

Und ich frage mich allen Ernstes, Herr Laschet, wo die eigenständige NRW-Position war, als Herr Orban in Bayern war.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

„The little dictator“ nannte ihn Jean-Claude Juncker, niemand geringeres als der jetzige EU-Ratspräsident.

(Armin Laschet [CDU]: Lesen Sie die Nachrichten!)

Herr Laschet, wo waren die Christdemokraten aus Nordrhein-Westfalen, um die eigenständige Position darzustellen: „Wir distanzieren uns sehr klar von dieser Art von Politik. Wir stehen hinter der Kanzlerin. Wir sind dafür, das Flüchtlingsthema zu bearbeiten und es nicht für Geländegewinne auszunutzen.“ – Das frage ich mich.

(Beifall von den GRÜNEN und Hans-Willi Körfges [SPD])

Wer glaubt – dazu empfehle ich einen Blick in den „Stern“ vom heutigen Tage –, mit Parolen Stimmenfang machen zu können, der wird enttäuscht werden. 2014 hat Herr Seehofer bei der Europawahl der AfD die Stimmen zugetrieben. Jetzt ist es bereits so, dass die AfD in Bayern im Gegensatz zu den anderen Bundesländern offenkundig im zweistelligen Bereich zu finden ist. Es ist jetzt die Zeit, klare Kante gegen rechts zu zeigen und nicht Rechts hinterherzulaufen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Es ist jetzt die Stunde der Lösungen. Deswegen müssen wir diesem dritten Nachtrag im Landtag zustimmen. Wir müssen auch dafür sorgen, dass das Paket, das bei der Ministerpräsidentenkonferenz ausgehandelt wurde, eins zu eins umgesetzt wird. Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir einen Schritt weiter.

Anschließend wird es weiter um die Integrationspolitik gehen. Ich bitte, dass daran alle mitarbeiten, auf dieser sachlichen Basis voranzukommen. Dann haben wir eine Chance, dieses Thema zu bewältigen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE] – Gegenruf von Christof Rasche [FDP])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Mostofizadeh. Nun spricht als nächster Redner ...

(Zurufe von Sigrid Beer [GRÜNE] – Gegenrufe von Christof Rasche [FDP])

– Ist das jetzt geklärt? Können wir dann weitermachen? – Nachdem wir das jetzt geklärt haben, spricht als nächster Redner Herr Schulz für die Fraktion der Piraten. Bitte schön, Herr Schulz.

Dietmar Schulz (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe – Glocke)

Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer im Saal! Herr Kollege Mostofizadeh, Sie sprachen gerade etwas sehr Wahres an: Man sollte nicht versuchen, Geländegewinne auf dem Rücken der Flüchtlingspolitik zu machen. Gleichwohl ist es genau das, was selbstverständlich auch die Landesregierung oder die sie tragenden Fraktionen immer wieder versuchen – auch heute.

Herr Kollege Stamp sprach von einer Krise. Gemeint ist wohl die Flüchtlingskrise. Es ist nicht eine Krise, die die Flüchtlinge hervorrufen bzw. verkörpern, sondern es ist eine Krise der Exekutive, nicht nur der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, sondern auch anderer Landesregierungen und auch der Bundesregierung. Es ist eine Krise, eine Situation, in der sich viele Menschen in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen überfordert zeigen, und das vor dem Hintergrund, dass immer wieder gesagt wird: Damit konnte nicht gerechnet werden. – Das ist zunächst einmal als Grundannahme falsch.

Frau Ministerpräsidentin, was muss in den Köpfen von Flüchtlingen vorgehen, wenn diese – Sie sprechen es ja immer wieder an, die Sache auch aus Sicht der Flüchtlinge zu betrachten – am vorläufigen Ende ihrer Flucht in Deutschland ankommen und lieber auf der Straße übernachten als in einer ihnen angebotenen Flüchtlingsunterkunft? So war dies gestern in den Tagesthemen zu vernehmen, zwar nicht bezogen auf NRW, sondern auf den Stadtstaat Hamburg. Nicht in NRW? – Diese Frage darf angesichts von über 20 Zeltstädten in Nordrhein-Westfalen, die wir mittlerweile haben, gestellt werden.

(Minister Ralf Jäger: Wo?)

– Das ist so, Herr Minister Jäger. Ist das nicht auch ein vorstellbares Szenario hier? – Ich sage Ihnen: Diese Flüchtlinge erleben keine Willkommenskultur im eigentlichen Sinne, sondern sie erleben teils desolate sanitäre Situationen mit Außenduschen, verdreckten Toiletten und untauglicher Stromversorgung. Sie kommen in eines der reichsten Länder der Erde, in dem sie Schutz suchen, aber Schutzlosigkeit vor den für sie ungewohnten Witterungsverhältnissen und desolate, chaotische Verhältnisse vorfinden.

Und kümmert man sich persönlich als Abgeordneter dieses Hauses darum, wie ich es vor knapp drei Wochen in Köln versucht hatte, nämlich in eine Zeltstadt in Köln-Chorweiler zu kommen, aus der einen Tag zuvor über solche desolaten Zustände wie zum Beispiel den Befall mit E.coli-Bakterien in den Duschen berichtet worden ist, wird einem der Einlass verweigert. Über vierstündiges Ringen und Verhandeln mit Bezirksregierung und Ministerium hat nicht dazu geführt, Einlass zu erhalten – gescheitert an der Eitelkeit und bürokratischer Unflexibilität einer Bezirksregierung, einer Regierungspräsidentin, die dann auch noch Rückendeckung von Ihrem, Frau Ministerpräsidentin, Innenminister erhält.

Sie wollen von dieser Opposition hier im Hause ernsthaft erwarten, dass sie mittut? – Seitens der Piraten haben wir seit Jahr und Tag eine Aufstellung von Standards für die Flüchtlingsunterbringung gefordert. Jedoch wissen wir alle, dass dafür bis heute keine Pläne der Landesregierung existieren. Sie alle von der Landesregierung stellen sich immer und immer wieder hierhin und behaupten, das sei alles nicht absehbar gewesen.

Frau Ministerpräsidentin, Sie stellen sich hier an das Rednerpult des Hohen Hauses und verkünden Durchhalteparolen nach dem Motto: Wir schaffen das! – Sie schaffen es nicht! Die Menschen in diesem Lande können es schaffen, und die tun ihr Bestes – sowohl die Ehrenamtler als auch die Menschen in der Verwaltung. Und diese Menschen lassen Sie letztlich mit diesen Durchhalteparolen alleine, alleine mit ihrer Planung, alleine mit ihrer Organisation, nämlich deren eigener Organisation der Hilfsbereitschaft.

Allen diesen Tausend Beteiligten aus der sogenannten Zivilgesellschaft möchte ich an dieser Stelle nochmals seitens der Piratenfraktion unseren vorzüglichen Dank aussprechen.

(Beifall von den PIRATEN)

UNHCR sowie andere Flüchtlingsorganisationen weltweit prognostizieren seit Jahren die Bewegung von ca. 5 Millionen Flüchtlingen europahan. Der Arabische Frühling, die Unruhen und kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten und auch in Afrika sind keine Erscheinungen, die in diesem Jahr über uns hereingebrochen wären. Sie sind seit Jahren bekannt.

Seit Jahren weisen an dieser Stelle gerade wir Piraten Sie, verehrte Damen und Herren von der Landesregierung und von den regierungstragenden Fraktionen, darauf hin, dass Sie mit Ihren Planungen der vorhersehbaren Situation hinterherhinken.

Wir forderten die Verstärkung der Vorbereitung und Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften – vergebens: Rot-Grün hat es abgelehnt. Wir forderten Bestandsaufnahmen von geeigneten Räumlichkeiten für die Unterbringung von Flüchtlingen – vergebens:

Rot-Grün hat es abgelehnt. Wir forderten die Umsetzung von einheitlichen Unterkunftsstandards – vergebens: Rot-Grün hat es abgelehnt, hier in diesem Hause. Wir forderten „keine Zeltstädte für Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen“ – vergebens: abgelehnt durch Rot-Grün. Und die Realität zeigt uns, dass alle Äußerungen in der vorangegangenen Zeit, insbesondere seit 2013, falsch waren.

Was haben wir immer und immer wieder erfahren? – Ich sage es Ihnen: Ungläubiges Kopfschütteln seitens der Regierung, Schulterzucken von Rot-Grün gefolgt von Untätigkeit. Ich sage es Ihnen nochmals, und jetzt tritt ein, was prognostiziert war: Bis heute fehlen, trotz aller Anstrengungen der Landesregierung, Unterkünfte.

Frau Ministerpräsidentin, warum stellen Sie sich nicht hier an das Rednerpult und sagen den Menschen im Land, wie die wahre Situation im Land aussieht? Präsidiales Auftreten einer Regierungschefin hier am Pult, nämlich der Chefin der Exekutive, die dafür da ist, dafür zu sorgen, dass alle diese Missstände und Umstände nicht entstehen oder beseitigt werden, das reicht einfach nicht. Da sollten Sie vielleicht einmal den Worten Ihres Parteivorsitzenden, Frau Ministerpräsidentin, lauschen, der sinngemäß sagt: Die Umsetzung aller Maßnahmen wird noch ein Problem werden.

Aber auch Sigmar Gabriel liegt Welten daneben, denn die Probleme sind schon längst da: überall, in nahezu jeder größeren Kommune in Nordrhein-Westfalen. Da reicht es einfach nicht zu wissen, dass es Probleme gibt oder dass solche kommen. Es ist nämlich nicht Aufgabe der Politik zu sagen, dass es Probleme gibt oder geben wird.

Es ist die Aufgabe der Politik, die Antworten zu geben und die Probleme proaktiv zu lösen. Auch Sie geben diese Antworten nicht, Frau Kraft. Sie zeigen keine Lösungswege auf. Sie monetarisieren Willkommenskultur, aber haben keinen Plan. Sie verfahren nach dem Prinzip „Trial and Error“ und rennen den Entwicklungen hinterher – hilflos und planlos. Frau Kraft, Sie und Ihre Landesregierung sind, wie auch andere Menschen in diesem Land, völlig überfordert. Aber dann sagen Sie es den Menschen auch.

Wo bleibt der Plan nach der gebetsmühlenartig immer wieder beteuerten Willkommenskultur? Wo bleibt die Integration, von der Sie hier immer wieder reden? Die Politik fordert die Integration; das ist gut. Aber wir alle sind es auch, die die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen dafür schaffen müssen.

Da reicht es eben nicht, wenn, wie im dritten Nachtragshaushalt, über den wir heute in erster Lesung beraten, 900 Stellen für sogenannte Integrationslehrerinnen und -lehrer für den sprachlichen Bereich geschaffen werden. Die Stellen reichen einfach nicht; denn lediglich ein Fünftel dieser Stellen kann

mit entsprechend qualifiziertem Personal besetzt werden. Sagen Sie den Menschen, wann die Stellen besetzt werden können und wann sie tatsächlich besetzt werden! Das betrifft auch die 2.625 Lehrerstellen und auch die 250 Polizeistellen; es sind Anwärter.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ab dem 1. November!)

Frau Kollegin Beer, ich werde definitiv keine Zwischenfrage zulassen, um das gleich einmal vorwegzunehmen; denn wir befinden uns hier in der Aussprache über eine Unterrichtung durch die Landesregierung, weniger in der Debatte über den dritten Nachtragshaushalt.

Wir erleben im Zusammenhang mit dem eigentlichen heutigen Thema,

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

dem dritten Nachtragshaushalt NRW, weiter Folgendes, nämlich die Lancierung einer Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse und die Konsequenzen aus dem Flüchtlingsgipfel in Berlin, der sich überwiegend mit den Haushaltsfragen 2016 befasst. Beim Haushalt 2016 befinden wir uns gerade noch in der Beratung, und auf die Ergänzungsvorlage dazu warten wir noch.

Heute, sehr verehrte Damen und Herren der Landesregierung, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, geht es jedoch nicht um den Landeshaushalt 2016, sondern um den dritten Nachtragshaushalt. Die Landesregierung hat es schon fast logisch nicht auf die Reihe bekommen, die Ergänzungsvorlage vorzulegen. Im Prinzip waren die Zahlen doch klar. Meine Güte, es ist doch eine Sache von zwei Tagen, die Ergänzungsvorlage zu machen! Bei dem ministeriellen Aufwand, der da zu betreiben ist, und mit den vielen Menschen, die dahinterstehen, sollte das doch möglich sein. Aber wir haben sie bis heute nicht vorliegen.

Stattdessen soll mit den Zahlen aus dem Flüchtlingsgipfel Schönfärberei betrieben werden. Sie wollen von den wahren Problemen im Land ablenken. Sie wollen die Menschen in unserem Land beruhigen, indem Sie den Eindruck erwecken, Sie hätten alles im Griff. – Nichts haben Sie im Griff, Frau Ministerpräsidentin!

Dennoch setze ich mich einmal ganz kurz mit den Zahlen und Fakten aus dieser, so sage ich mal, Vereinbarung in Berlin aus der vergangenen Woche auseinander.

Erstens. Es zeichnet sich bereits jetzt ein vierter Nachtragshaushalt ab. 1 Milliarde € zusätzlich soll für 2015 kommen. So weit, so gut! Rund 217 Millionen € sind zu verteilen.

Zweitens. Bei einer Annahme von fünf Monaten Verfahrensdauer bei 800.000 Flüchtlingen in 2016 errechnen sich 2,68 Milliarden €. Diese sollen im

nächsten Jahr als Abschlagszahlung an die Länder verteilt werden. Davon entfallen auf NRW 580 Millionen €.

Drittens. Der Bund geht davon aus, dass – man höre und staune – von diesen 800.000 Menschen 400.000 Asylbewerber keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben. Woher diese Zahl genommen wird, bleibt ein Rätsel.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft : Annahmen!)

– Annahmen, genau.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie müssen mal ein bisschen hochrechnen!)

Und für diese soll ein weiterer Monat bevorschusst werden zu je 670 €. Das macht weitere 268 Millionen € bzw. 58 Millionen € für NRW.

Viertens. 350 Millionen € sollen in die Betreuung unbegleiteter Flüchtlinge gesteckt werden. Das heißt für NRW: 76 Millionen €. Verteilung des für 2016 eingeplanten Betreuungsgeldes von 1 Milliarde €: Wiederum 217 Millionen € für NRW. Und so weiter und so fort.

Das Ergebnis ist ein solches, welches Licht und Schatten wirft. Es bleibt nämlich mindestens 1,2 Milliarden € hinter dem Bedarf NRW für 2016 zurück – dem Bedarf an finanziellen Mitteln für die Ausstattung des Landeshaushalts zur Bewältigung der, wie es der Kollege Stamp eben sagte, Flüchtlingskrise.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Sie hätten lieber nichts genommen!)

– Na, ja. „Lieber nichts genommen“ ist natürlich völliger Unsinn, Herr Kollege Körfges.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ja, eben!)

Daraus folgen bei Annahmen bezüglich des Flüchtlingsaufkommens in 2016 2,2 Milliarden € Finanzbedarf für NRW. Noch einmal: Es bleibt 1,4 Milliarden € insgesamt hinter dem zurück, was NRW braucht. Wie Sie dieses Loch stopfen wollen, darauf bin ich gespannt.

Um das abzurunden: Die große Diskussion mit den Kommunen – Sie haben es eben selber gesagt – steht noch aus. Hierfür haben wir heute keine Lösung, keinen Lösungsansatz gehört. Es wird lediglich in Aussicht gestellt, dass Sie reden werden. Das werden Sie auch müssen. Die Kommunen brauchen das Geld, und zwar dringend.

Sie selbst haben im Juni dieses Jahres verkündet: 12.500 € pro Flüchtling pro Jahr kostet die ganze Geschichte. Die wesentlichen Kosten und Lasten tragen die Kommunen. Sie haben hier keinen Vorschlag geliefert, wie Sie mit den Kommunen in Verhandlung treten wollen.

Im Gegenteil! Die Menschen werden weiterhin kommen, Schutz suchen, und wir stehen am Anfang der großen Herausforderungen, von denen Sie hier geredet haben. Leider, denn die großen Herausforderungen hätten in den letzten drei Jahren schon längst angegangen werden können und angegangen werden müssen. Wir haben stets darauf hingewiesen. Sie hören leider Gottes oftmals eben nicht auf die Opposition. Das ist ein ganz großer Fehler, der sich wahrscheinlich noch durch die weitere Legislaturperiode wie ein roter Faden ziehen wird. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schulz. – Nun hat für die Landesregierung der Finanzminister Herr Dr. Walter-Borjans das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will an den Anfang meines Beitrags zunächst einmal den herzlichen Dank an alle Fraktionen richten, auch an die Fraktionen der Opposition, mit denen wir im Vorfeld der Einbringung dieses Nachtragshaushalts für 2015 gesprochen haben und mit denen wir übereingekommen sind, dass die Zeit drängt, dass wir die Verfahren verkürzen und es schaffen sollten, in dieser Plenarwoche nicht nur einen Nachtragshaushalt einzubringen, sondern auch einen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Dafür einen herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD)

Wir sollten nicht übersehen, dass diese 900 Millionen €, die dieser Nachtragshaushalt umfasst, in diesem Jahr 2015 weitere 900 Millionen € für die Unterbringung, für die Versorgung, für die Integration von Flüchtlingen sind. Wir reden also in diesem Jahr 2015 in der Summe von mittlerweile über 1,7 Milliarden €, die in diesem Haushalt für dieses so drängende Problem vorhanden sind.

Ich will die einzelnen Punkte, wofür wir das machen, nicht mehr aufzählen; das ist schon mehrfach getan worden. Ich will nur noch einmal auch an die Adresse von Frau Schulze Föcking gerichtet – sie ist nicht anwesend –, die von einer präventiven Finanzpolitik gesprochen hat, sagen, dass das nie das Motto dieser Regierung war.

Vielmehr sprechen wir immer von präventiver Politik. Dass sich das auch im Haushalt niederschlägt, ist wohl klar. Es ist vor allen Dingen dann klar, wenn man sieht, welche Forderungen Sie neben der pauschalen Forderung, weniger Geld auszugeben, die im Übrigen ziemlich leise geworden ist, an vielen Stellen immer wieder stellen, bei denen es Ihnen um die Fragen geht, was Ihnen zu klein geraten ist, was besser ausgestattet werden soll, was teurer werden muss. Das alles muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, um zu sehen, wie soli-

de die Haushaltsplanung dieses Landes seit fünf Jahren ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dass es neben der Bereitschaft, zu diesen verkürzten Verfahren beizutragen, ein kräftiges „Ja aber“ aus den Reihen der Opposition gibt, gehört, glaube ich, zum Ritual von Oppositionsarbeit dazu. Es wäre nicht anzunehmen, dass Sie einfach nur sagen: Toll, dass ihr das macht. Wir unterstützen das. Wir stimmen zu. – Vielmehr sagen Sie wie selbstverständlich: Das hätten wir natürlich alles noch ein Stückchen besser gemacht. – Das ist nicht schlimm.

Aber wirklich schlimm finde ich, was das Aber bei Ihnen ausmacht. Was, meinen Sie, hätten Sie besser gemacht? Auf wen berufen Sie sich?

Wir bekommen einmal das Beispiel Bayern vor Augen geführt; gleichzeitig legt aber Herr Laschet großen Wert darauf, dass doch bitte die CDU in Nordrhein-Westfalen anders gesehen wird als all die anderen Christlich Demokratischen Unionen, die es in Deutschland noch gibt. Das tun Sie aus gutem Grund; denn wenn man sieht, wie Herr Seehofer, Frau Klöckner und auch andere in trüben Gewässern fischen, erkennt man: Es ist zumindest angebracht, sich zu distanzieren.

Ich bin mir aber ziemlich sicher, es reicht nicht, nur zwischen den CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen und andere CDU-Landesverbände einen Keil zu treiben, sondern man muss sich auch anschauen, wie es im eigenen Landesverband aussieht. Auch da gibt es genügend Stimmen, die zwischen den Zeilen immer wieder deutlich machen: Hier könnten wir vielleicht noch ein paar Wähler ansprechen, die wir gern gewinnen würden, wenn wir eine Chance haben möchten, bei einer Landtagswahl positiv abzuschneiden.

Jetzt aber noch einmal zu diesem Aber: Es wird nicht nur gesagt, Bayern mache es besser, sondern dann kommt die Leier: Andere Länder haben besser vorgesorgt. – Da wird auch der Bund genannt, der in einem ausgeglichenen Haushalt jetzt Mittel zur Verfügung stellen kann.

Müssen wir jetzt wirklich auch bei diesem Thema all die Dinge geraderücken, die Sie gebetsmühlenartig immer wieder bringen? Wir wissen doch, wie die schwarze Null zustande kommt. Wir wissen, welche Rolle Bundesbankgewinne spielen, welche Rolle ein immer stärker in die Bundeskasse fließender Soli hat, wie viel aus dem Gesundheitsfonds vorenthalten wird und wie dadurch die Mittel geschaffen worden sind.

In der Tat – der Bund ist jetzt in der Lage, etwas zu geben. Ob das ausreicht, werden wir sehen; wir haben nämlich gehört, es geht im Moment erst einmal um pauschale Annahmen, die hinterher spitz abgerechnet werden. Dann werden wir sehen, wie es im Einzelnen aussieht. – Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt ist: Es wird wieder auf die neun Länder hingewiesen, die den Haushalt schon ausgeglichen haben. Ich muss es Ihnen an dieser Stelle noch einmal sagen: Darunter sind sechs Länder, die jedes Jahr mehr als 20 Milliarden € Schulden machen müssten, wenn sie nicht diesen Betrag von den anderen Ländern bekämen. Sich jetzt hierhin zu stellen und zu sagen, die hätten Vorsorge getroffen, sodass sie jetzt klarkommen können, ist nicht nur ein Witz, sondern das ist sogar ein schlechter Witz.

(Beifall von der SPD)

Man muss dazusagen: Es gibt im Übrigen Länder, die – vor allem im Jahr 2016 – von Ihnen mit ziemlicher Sicherheit als Beispiel dafür genommen werden, wie man vorsorgt. Warum? – Weil sie Rücklagen gebildet haben – im Übrigen auch kreditfinanziert –, und zwar Rücklagen in einer Form, gegen die Sie 2010 vor dem Landesverfassungsgerichtshof geklagt haben, sodass dieser Weg dem Land Nordrhein-Westfalen versperrt ist.

Ich warte jetzt schon darauf, dass Sie Niedersachsen und andere, die bereits jetzt sagen, sie müssten die Rücklagen, die sie hätten, auflösen, als Modelle für Nordrhein-Westfalen sehen und fragen werden: Warum macht ihr das eigentlich nicht? Warum seid ihr nicht in der Lage, genauso zu handeln wie die anderen?

Der Bund erkennt in der Tat an – das war das wichtigste Ergebnis in der letzten Woche –, dass die Auflösung der Länder Syrien und Libyen nicht etwas ist, was in einem kommunalen oder auch in einem Landeshaushalt aufgefangen werden kann. Das wird auch mit künftigen Problemregionen dieser Welt so sein.

Es geht nicht darum, die Aufgabe hinsichtlich ihres Inhalts für das Land und für die Kommunen abzulehnen. Natürlich sind die Länder verantwortlich dafür, dass junge Menschen, die in dieses Land kommen, einen anständigen Unterricht erhalten. Das ist der Grund, warum wir so viele Tausend Stellen zusätzlich für die Schulen schaffen. Natürlich sind wir für die Erstaufnahme zuständig. Natürlich ist das Land für beschleunigte Prozesse im Asylverfahren zuständig.

Im Übrigen ist Nordrhein-Westfalen bei den Eilverfahren schon die Nummer drei; in der Hauptsache ist es die Nummer sechs. Wir stocken noch einmal auf, damit das schneller geht. Das sind Landesaufgaben.

Aber all das sind Aufgaben, die nicht entstanden sind, weil hier irgendwelche Hausaufgaben nicht gemacht worden wären, sondern weil es internationale Konflikte gibt, deren Auswirkungen jetzt zu uns hineinschwappen und die bewältigt werden müssen. Der Bund ist da kein freundlicher Partner, der uns auch etwas geben will, sondern er ist in der Verantwortung, die finanziellen Grundlagen dafür zu schaf-

fen, dass wir die inhaltlichen Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, im Land und in den Gemeinden stemmen können.

(Beifall von der SPD)

Herr Schulz, wir haben all das schon häufiger gehört, auch im Ausschuss. Wenn Sie sagen, die Piraten hätten das alles schon früher gewusst, antworte ich Ihnen: Ich stelle mich hierhin und erkläre für die Landesregierung: Wir erfahren jeden Tag neue Zahlen, die uns zwingen, uns auf etwas einzustellen, was in dieser Größenordnung nicht zu erwarten war. – Das reicht bis zu Aussagen der Kanzlerin, die sicherlich auch zahlenmäßige Folgen hatten. Das wussten Sie alles schon am Anfang des Jahres. Das freut mich.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Ja!)

Sie wussten, dass jemand gesagt hat: Ihr müsst damit rechnen, dass sich Millionen Menschen auf den Weg machen. – Es gibt Menschen, die das seit Jahren sagen. Wir werden auch für die nächsten Jahre mit solchen – ich sage einmal – prophetischen Prognosen arbeiten können.

Ich möchte nur gern einmal wissen: Was machen Sie dann in einem Haushalt? Glauben Sie ernsthaft, dass Sie Vorsorge treffen und Milliarden von Euro zurücklegen können, ohne dass entweder gesagt wird: „Das muss man aber zur Schuldentilgung einsetzen“, oder: „Man muss es in eine Belastungssenkung für die Menschen münden lassen“, – nur weil Sie sagen: „Ich weiß doch, dass irgendwann etwas ganz Schlimmes passiert, wofür man Rücklagen haben müsste“?

Jemand, der die Haushaltsplanung so betreiben will, hat mit der Realität nichts am Hut. Er hat wirklich noch nicht erlebt, wie sich Haushaltszahlen entwickeln.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen jetzt schon voraus: Auch im Jahr 2016 wird es Unvorhersehbares geben. Deswegen haben wir auch gesagt – ich komme kurz noch einmal auf das Jahr 2015 zurück –: In diesem Haushalt gibt es Verstärkungsmittel in Höhe von 130 Millionen €, die noch nicht zugeordnet sind; denn wir wissen, dass die Zahl von insgesamt 800.000 möglicherweise keinen Bestand hat und dass es zusätzliche Aufgaben geben wird. Ein Stück weit muss man natürlich vorausschauen.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Sagen Sie doch gleich, dass es 1,2 Millionen sind! Das steht doch heute schon fest!)

Deswegen sind in diesem Haushalt mehr Mittel vorhanden, die natürlich nur ausgeschöpft werden können, wenn die Zahl größer ausfällt. Aber wenn sie größer ausfällt, werden wir auch die Möglichkeit haben, mit diesem Haushalt darauf zu reagieren.

(Dietmar Schulz [PIRATEN]: Das steht heute schon fest: 1,2 Millionen!)

Wir werden jetzt auch auf den Haushalt 2016 eingehen. Sie haben gesagt, Sie warten auf die Ergänzungsvorlage. Keine Sorge, die werden Sie bekommen; die wird ein Teil der Haushaltsberatungen für das Jahr 2016 sein. Wir werden in diesem Haushalt wahrscheinlich mit noch viel höheren finanziellen Belastungen rechnen müssen, als das noch im Nachtrag für 2015 der Fall ist. Auch dafür haben wir vorgesorgt.

Aber es ist überhaupt keine Frage – das ist zwischen den Finanzministern, aber auch zwischen den Regierungschefs aller Länder besprochen worden –, dass das keine Aufgabe ist, die nur Nordrhein-Westfalen zu schultern hat, sondern wir leben in einer Gemeinschaft, und wir stellen uns auch der gemeinschaftlichen Verantwortung, die dafür zu übernehmen ist.

Ich will nur noch einmal sagen: Wir haben in den letzten Jahren eine solide Grundlage dafür geschaffen, dass wir jetzt eine solche Herausforderung angehen können. Es ist eine riesige Herausforderung. Daher werden wir hart mit dem Bund verhandeln müssen, auch darüber, wie dann die Zahlen, wenn sie in der Größenordnung feststehen, zu den uns versprochenen Zahlungen führen.

Natürlich – ich habe es eben schon angesprochen – geht es hier nicht nur um Bundesleistungen. Wenn der Bundesfinanzminister 6 Milliarden € Steuermehreinnahmen hat und sagt, dass er diese für Flüchtlinge zur Verfügung stellt, im gleichen Atemzug aber erklärt: „die Hälfte davon für Länder und Kommunen“, dann heißt das, dass er die Hälfte für sich selber beansprucht. Das hätten Sie hier im Landtag „klebrige Finger eines Finanzministers“ genannt.

Es gibt natürlich Aufgaben, die der Bund zu leisten hat, und dafür braucht er auch Geld. Aber es gibt auch Aufgaben, die das Land zu leisten hat, und dafür braucht es ebenfalls Geld. Es gibt die Aufgaben auf der Ebene der Kommunen. Das müssen wir gemeinsam hinkriegen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wer hier meint, er könne Punkte sammeln, indem er immer auf andere zeigt und populistisch sagt: „Euch würde ich zu 100 % finanzieren“, auch wenn dabei überhaupt nichts mehr für die Aufgabenerledigung des Landes übrig bleibt, den frage ich: Wie halten Sie es mit der Solidität eines Landeshaushalts?

Wir reden hier darüber, dass Bund, Länder und Kommunen vor einer riesigen gemeinsamen Herausforderung stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass die finanziellen Folgen dieser Herausforderung präventiv richtig angelegt werden. Das wollen wir gemeinsam schaffen, das muss verantwortbar sein. Es geht hier nicht nur um Unterbringung, sondern

wir wollen jetzt die Weichen dafür stellen, dass wir nicht in einigen Jahren viel mehr ausgeben müssen, weil wir jetzt die falschen Schritte unternommen und Integration unterlassen haben.

Das sind zunächst einmal die Bausteine des vorgelegten Nachtragshaushalts, um dessen Zustimmung wir morgen bitten, mit dem wir im Jahr 2015 einen wichtigen Schritt gehen können – in einem Jahr übrigens, in dem wir die zusätzlich benötigten Ausgaben auch aus zusätzlichen Steuereinnahmen finanzieren können.

All das wird nicht zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme führen müssen. Das liegt nicht daran, dass die Menschen finanziell stärker in die Verantwortung genommen werden, sondern das liegt an den sprudelnden Gewinnen, an der guten Beschäftigungslage und an hohem Einkommen, wodurch auch mehr Steuern gezahlt worden sind.

Damit haben wir eine Grundlage geschaffen. Diese ist nicht von allein entstanden, sondern das ist auch eine Folge politischer Entscheidungen. Dadurch sind wir jetzt in der Lage, diese Herausforderung für eine internationale Gemeinschaft in solch einer großen Weise mitzutragen. Wenn das nicht Solidität ist, dann frage ich Sie, wie es denn sein kann, dass sich Anleger aus aller Welt gerade an Deutschland orientieren, weil sie sagen: Da geht es geordnet zu; die haben das im Griff.

Dem müssen wir jetzt auch gerecht werden. Das tun wir mit dem Nachtrag zum Haushaltsentwurf für 2015, und das wird auch mit der Ergänzung geschehen, die 2016 kommt, und die wir brauchen, um dann die Aufgaben in derselben soliden Weise weiterzuverfolgen wie jetzt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Körfges das Wort.

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unbeschadet der üblichen Parlamentsrituale freue ich mich sehr darüber, dass es bei dem engeren Thema, nämlich dem Nachtrag, zu einer hohen Übereinstimmung bezogen auf das Verfahren hier im Haus gekommen ist. Das ist angemessen und zeigt, wie wichtig das Thema allen ist.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Da spielt es aus meiner Sicht dann auch weniger eine Rolle, wo sich Herr Lindner gerade aufhält; es gibt in Nordrhein-Westfalen womöglich wichtigere Fragen, die wir zu beurteilen haben. Allerdings ist es schon von hohem Interesse, dass derjenige, der hier häufig das Fehlen von Regierungsmitgliedern rügt, offensichtlich an der Jahrestagung eines Mar-

kenverbandes in Berlin teilnimmt, während wir in Nordrhein-Westfalen ganz grundsätzliche Fragen der Landespolitik erörtern.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Aber das hat ja vielleicht auch eine gute Seite, Herr Kollege Dr. Stamp. Sie haben die Möglichkeit genutzt, sich vorsichtig von Herrn Lindner zu distanzieren. Vielleicht hätten Sie es nicht gemacht, wenn er hier gewesen wäre.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Dr. Joachim Stamp [FDP] schüttelt den Kopf.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das, was die CDU unabhängig von einigen Übereinstimmungen in der Beurteilung des Gipfels – auch da haben wir uns nachhaltig bei allen Teilnehmern zu bedanken – offensichtlich an Selbstfindungsritualen nötig hatte, um die innere Zerrissenheit ihrer Partei in den Griff zu bekommen, entbehrt ja nicht einer gewissen Tragik. Nur, es ist keine politische Haltung, wenn Sie immer von einem Bein auf das andere springen, um in Integrations- und Migrationsfragen nicht auf dem falschen Fuß erwischt zu werden.

Ich darf ganz deutlich sagen, dass sich das, was die Bundeskanzlerin in Berlin seit einiger Zeit artikuliert, wohltuend von den Redebeiträgen einiger CDU-Politikerinnen und -Politiker – auch hier im Haus – unterscheidet. Aber ich denke, Frau Merkel hat noch – in Richtung nordrhein-westfälischer Christdemokratinnen und Christdemokraten – eine ganze Reihe von Überzeugungsgesprächen zu führen.

Ich will mich jetzt nicht wieder zu intensiv an Herrn Staatssekretär Dr. Günter Krings abarbeiten, der uns aus der Ferne immer ungefragt zweifelhafte Ratschläge erteilt, in einer Pressemitteilung vom gestrigen Tag von „erbärmlich niedrigen“ Leistungen des Landes spricht und das Land auffordert, „konsequent von Geld- zu Sachleistungen für Flüchtlinge“ zurückzukehren,

(Beifall von Hendrik Schmitz [CDU])

weil wir nur so – ich zitiere – „die Chance auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge unter den Staaten der EU“ erreichen.

Das ist sinnfreier Unsinn, den Herr Dr. Krings verbreitet!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist im Übrigen derselbe Herr – da hat Herr Laschet offensichtlich noch Arbeit, der Mann ist ja Bezirksvorsitzender der niederrheinischen CDU –, der vor einiger Zeit noch gegen die Gesundheitskarte gepöhlert und uns Ratschläge erteilt hat.

Abgesehen von dem fachlichen Unsinn dieser Äußerungen: Wer die Meinung vertritt, Menschen, die durch Bomben, Verfolgung und Terror aus ihrer Heimat vertrieben werden, würden sich durch die Umstellung von Geld- und Sachleistungen von der

Flucht abhalten lassen, hat entweder nichts begriffen oder – was noch viel schlimmer ist – ignoriert die existenzielle Not der betroffenen Menschen und strebt ganz offensichtlich im geistigen Tiefflug die Lufthoheit über den Stammtischen an. So macht man keine seriöse Politik für unser Land!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Und ganz nebenbei – ich habe gesagt, der Mensch ist Staatssekretär –: Im Innenministerium lenkt er auch noch von der eigenen Verantwortung für das Chaos bei der Bearbeitung von Asylanträgen durch das BAMF und die damit verbundenen Folgen für die Länder ab.

Ja, wir sind froh darüber, dass in Berlin jetzt ein Gespräch stattgefunden hat, das die dynamische Beteiligung des Bundes an den Flüchtlingskosten vorbereitet. Das ist ein gutes Ergebnis. Ja, wir wollen auch unsere eigenen Hausaufgaben in Nordrhein-Westfalen machen.

Ich komme auf den Nachtrag zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen. 900 Millionen € zusätzlich für Flüchtlingshilfe, ohne dass wir Kredite aufnehmen. 313 Millionen € für Aufnahme, Transport und Versorgung von Asylbewerbern, weitere 152 Millionen € für Unterkunftsplätze, 217 Millionen € ...

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Wie viel für Abschiebungen? – Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

– Ich habe noch ein bisschen längere Redezeit, Herr Präsident, weil die Landesregierung eben überzogen hat, wenn ich richtig informiert bin.

Das führt dazu, dass die Standortkommunen mit Erstaufnahmen intensiv entlastet werden können. Dem tragen wir auch durch die Änderungen im FlüAG Rechnung. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass wir über diese Änderungen im FlüAG noch intensiver diskutiert hätten. Wenn wir zum Beispiel die Entlastung über die Stichtagsregelung nehmen, sehen Sie, dass den Kommunen an dieser Stelle nachhaltig, massiv und dauerhaft geholfen wird.

Ich greife das Wort der Ministerpräsidentin auf, die davon gesprochen hat, dass man sich angesichts der dynamischen Beteiligung des Bundes an den Kosten sicherlich auch bezogen auf den Ausgleichsmechanismus mit den Kommunen eine neue Regelung vorstellen kann. Nur, wir können als Land natürlich erst dann Geld ausgeben, wenn wir vom Bund welches bekommen haben. Dem werden wir als regierungstragende Fraktionen morgen folgen und Ihnen die Gelegenheit geben, auch in Bezug auf die Weitergabe des Geldes für 2015 unseren Änderungsanträgen zuzustimmen.

Mit Blick auf einiges, was hier gesagt worden ist, habe ich die Erinnerung an einen Evergreen von Johnny Mathis: „Too Much, Too Little, Too Late“ – so hieß der Song seinerzeit. Das erinnert mich frap-

pierend an die Haltung der CDU. Sie reißen den Mund zu weit auf, unternehmen zu wenig und machen uns kleiner, als wir sind.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind bei der Flüchtlingspolitik auf dem richtigen Weg. Ich bin stolz darauf, dass es der Landesregierung gelungen ist, hier wichtige, markante Zeichen zu setzen und die Bundesregierung mit in die Verantwortung zu ziehen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Körfges. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch aus meiner Sicht ist der Flüchtlingsgipfel positiv zu werten. Die Ergebnisse, die am Ende hier stehen, lauten wie folgt:

Wir haben für die Kommunen erstmals den Einstieg in eine tatsächliche, dauerhafte strukturelle Entlastung durch den Bund geschafft.

Wir haben Integration von Anfang an angeboten. Wir haben Integrationsmöglichkeiten auch schon für Menschen im Asylverfahren geschaffen. Die Jobcenter sollen aufgestockt werden. Und das sehr erfolgreiche Programm „Early Intervention“ – also: von Anfang an zu schauen, wie man die Menschen hier integrieren kann – soll ausgebaut werden.

Der dritte Punkt, den ich für meine Fraktion noch einmal ausdrücklich hervorheben will, ist die Schaffung eines Einwanderungskorridors ausgehend von den Westbalkanländern, jenseits vom Asylsystem, damit wir für die Menschen wirklich ein Angebot haben, legale Wege ins Land zu finden.

Ja, für uns Grüne waren auch Zugeständnisse dabei – das ist völlig klar –: einige Restriktionen, sichere Herkunftsländer, Symbolpolitik, auf der die CDU bestanden hat. Das ist für uns alles nicht leicht. Aber wir werden uns im Bundesrat als regierungstragende Fraktion unserer Verantwortung stellen, dass wirksame Hilfen für die Menschen und für die Kommunen endlich ankommen. Dieser Verantwortung werden wir auch im Bundesrat gerecht werden.

Im Wesentlichen wurde hier durch Hannelore Kraft zwar hart in der Sache, liebe Hannelore Kraft, aber für die Kommunen verhandelt. Das, was herausgekommen ist, ist in erster Linie eine Entlastung für die Kommunen.

Herr Kuper, Sie sitzen da gerade so schön als kommunalpolitischer Sprecher. Bei diesem Einsatz für die Kommunen fühlten wir uns nicht gerade durch Ihre Fraktion getragen, die bei dieser Entlastung immer nur auf die Landesregierung gezeigt hat und nie in Richtung Bund. Das hätte etwas stärker

kommen können; das hätte uns die Sache zumindest erleichtert.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nicht wegen Ihrer Unterstützung, sondern trotz der CDU haben wir hier aber wichtige Dinge für die Kommunen erreichen können. Ich bin ja viel im Land unterwegs und spreche mit vielen, die zurzeit in der Flüchtlingsarbeit tätig sind. Ich erlebe Menschen – nicht nur bei den Ehrenamtlern, auch bei den Hauptamtlichen –, die alle über das normale Maß weit hinaus etwas leisten: bei den Bezirksregierungen, im Innenministerium, beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb – auch da wird eine Menge getan; in vorbildlicher Weise wird sich da richtig in die Sache reingehängt –, bei den Hilfsorganisationen, bei den Betreibern, in den Kommunen, in den Schulen, bei vielen Lehrerinnen und Lehrern und bei den Ehrenamtlichen.

Herr Stamp, ich empfinde es als einen Schlag ins Gesicht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirksregierung Arnsberg, wie Sie mit billigem Bashing in Richtung Bezirksregierung versuchen, hier daraus politisches Kapital zu schlagen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Sie wissen vielleicht, was dort gerade los ist. Das jetzt als „BAMF von Nordrhein-Westfalen“ zu bezeichnen, finde ich richtig schäbig.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen wir uns einmal an, was hier in Nordrhein-Westfalen beim Ausbau der Plätze geleistet worden ist: Ende 2012 hatten wir noch 2.000 Landesaufnahmeplätze. Wir sind jetzt, Ende 2015, bei weit über 50.000

(Minister Ralf Jäger: 57.000!)

– es werden ja jeden Tag mehr –, sogar bei 57.000 Plätzen. Das haben diese von Ihnen geschmähten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alles geschafft. Deswegen finde ich den Vergleich mit dem BAMF nicht in Ordnung.

Bei den Landesmitteln gilt das analog: Hatten wir 2012 noch 100 Millionen € für die Flüchtlingsunterbringung vom Land im Einzelplan 03 aufgewandt, sind es jetzt über 1,7 Milliarden €. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier wird vonseiten des Landes nicht gekleckert, hier wird geklotzt. Hier ist ein unheimliches Engagement in der Sache bei jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin vorhanden. Ihnen gilt heute auch unsere Wertschätzung, und zwar jenseits von parteipolitischem Gezänk.

(Beifall von den GRÜNEN)

Trotz und alledem – ich sage das hier auch ganz klar für meine Fraktion – wird es, wenn der kontinuierlich hohe Anstieg weiter in bisheriger Geschwin-

digkeit erfolgt – die Zahlen verdoppeln sich von einer Woche zur nächsten –, in den Ländern und den Kommunen zurzeit niemand schaffen – Sie können auch nicht behaupten, dass andere Bundesländer das im Augenblick besser können –, die nötige Infrastruktur so schnell aufzubauen – das betrifft sowohl die Integrationsstruktur als auch die Aufnahmeinfrastruktur –, dass man absehbar – ich gebrauche diesen schönen Begriff – „vor die Lage kommt“.

Diese Situation werden wir, wenn das in dieser Geschwindigkeit weitergeht, so schnell nicht herbeiführen können. Ja, wir haben – das muss man so sagen – einen Krisenmodus bzw. ein Krisenmanagement. Wenn es aber mit diesen Anstiegen so weitergeht, werden wir da so schnell nicht herauskommen.

Doch was folgt denn vonseiten der Politik auf Grundlage einer realistischen Bewertung, die alle immer einfordern?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Redezeit, Frau Kollegin.

Monika Düker (GRÜNE): Da fordern wir doch alle zu Recht Lösungen. Und was kommt vom Bund? Das Gesetz ist bislang weder im Bundestag noch im Bundesrat verabschiedet worden, aber als Erstes kommt eine neue Abschreckungs- und Schikanepolitik: Grenzverfahren, Zurückweisung und das Festhalten an einem alten System, das sich Dublin III nennt.

Herr Herrmann sagte heute Morgen – wir konnten es vernehmen – im „Morgenmagazin“: „Unser Ziel ist es, europäischem Recht Geltung zu verschaffen“. – Und das europäische Recht heißt Dublin III.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses System ist gescheitert! Das Festhalten an gescheiterten Strukturen bringt uns doch nicht weiter, sondern nur der Blick nach vorne, wie wir hier in Europa ein funktionierendes neues System etablieren können. Es kann nicht sein, dass der Asylsuchende ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, bitte!

... dann in dem Land der Europäischen Union, in das er einreist, auch bleiben muss. Damit hat sich Deutschland lange genug einen schlanken Fuß gemacht. Das wird nicht zulasten der Länder an der europäischen Grenze so weitergehen.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Frau Kollegin, ich bitte Sie sehr herzlich, jetzt zum Ende zu kommen. Ihre Redezeit ist ...

Monika Düker (GRÜNE): Ich hatte hier keine Redezeit angezeigt. Deswegen war es schwierig, ...

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ich habe es Ihnen jetzt zweimal gesagt. Sie haben sehr deutlich überzogen.

Monika Düker (GRÜNE): Deswegen bitte ich uns alle, hier realistisch zu bleiben, aber auch tatsächlich Lösungen nach vorne zu entwickeln – nicht neue Symbolpolitik und Scheinlösungen, die niemandem weiterhelfen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Herrmann.

Frank Herrmann (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal! Verehrte Frau Ministerpräsidentin! „Humanitäre Flüchtlingspolitik, wir schaffen das – ab!“ – das war wohl Ihr Wahlspruch bei den Verhandlungen in Berlin am letzten Donnerstag. Dabei haben Sie doch im letzten Jahr eine Politik aus Sicht der Flüchtlinge groß angekündigt. Das war Ihr vielversprechender und zukunftsge wandter Slogan, mit dem Sie sich nach den Miss handlungen in Burbach aus der Affäre ziehen wollten.

Politik aus Sicht der Flüchtlinge: Das war wohl auch ihr persönliches „Wir schaffen das!“. Sie wollten damals einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik einläuten. Offensichtlich aber waren das nur Worte; denn eine Politik aus Sicht der Flüchtlinge gibt es hier im Land Nordrhein-Westfalen nicht. Ein Paradigmenwechsel ist ausgeblieben, und mit Ihrer Zustimmung zu den Vorgaben der Bundesregierung kommt da wohl auch nichts mehr. Statt angemessener struktureller, dauerhafter und dynamischer Kostenbeteiligungen durch den Bund haben wir nun unangemessene strukturelle und dauerhafte Asylrechtsverschärfungen.

Stephan Mayer, der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bringt es auf den Punkt, wenn er sagt: Das ist die weitreichendste Verschärfung des Asylrechts seit den 90er-Jahren.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Wo denn?)

– Das hat er gestern im „Morgenmagazin“ gesagt. – Recht hat er, der Mann. Und er ist damit noch einen Schritt weitergegangen, als es Herr Laschet eben ausgedrückt hat. – Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, und die Vertreter von SPD und Grünen stimmen dem zu. Das ist eine Schande für Nordrhein-Westfalen!

Wie beim großen Flüchtlingsgipfel im letzten Jahr werden auch hier wieder Anstand und Haltung gegen Geld verkauft. Dieser Deal macht auch Sie, Frau Düker, unglaubwürdig. Geben Sie zu, dass Ihr

pragmatischer Ansatz der letzten Monate immer darin bestand, die Grundrechtsverletzungen Ihrer rot-grünen Regierung im Flüchtlingsbereich zu legitimieren. Da können Sie auch, wie Sie es eben versucht haben, nichts schönreden. Lesen Sie sich doch die Kritik der Flüchtlingsinitiativen an den Grünen durch. Ihre Politik geschieht nicht aus der Sichtweise der Flüchtlinge heraus, sondern sie geschieht zu deren Lasten und auf Kosten ihrer Rechte.

Schauen wir uns doch einmal kurz die rot-grünen Leistungen an, zum Beispiel in Bezug auf die Festlegung der sicheren Herkunftsstaaten. Frau Düker, Sie sorgen für Einschränkungen des individuellen Asylrechts. Das ist so. Es ist unfassbar! Dass Sie sich in der letzten Woche im Innenausschuss wenige Stunden vor dem Flüchtlingsgipfel noch so gegeben haben, als sei diese Regelung mit Ihnen nicht machbar, obwohl Sie doch gewusst hatten, dass Sie sich auf einen solchen Deal einlassen werden, weil er zum Verhandlungsmandat der Ministerpräsidentin gehörte, ist zumindest unehrlich.

Es hilft auch nicht, wenn Sie, wie Sie es eben auch gemacht haben, die Regelung der sicheren Herkunftsstaaten auf reine Symbolpolitik reduzieren. Auch das ist unehrlich. Die Flüchtlingsinitiativen, die Evangelische Kirche und die Bischofskonferenz – alle kritisieren ganz deutlich: Mit dieser Regelung wird das individuelle Asylrecht beschnitten.

Der Hinweis geht auch an Herrn Laschet bzw. seine christliche Partei. So, wie da gesprochen wird, wird eine strukturelle Voreingenommenheit gegenüber Menschen aus den Westbalkanstaaten geschaffen, die inakzeptabel ist. Es mag fünf oder zehn Jahre – vielleicht noch ein bisschen länger – dauern, bis diese Staaten in die EU aufgenommen werden. Die Wurzeln für die Diskriminierung der Menschen werden aber jetzt gelegt. Ausgrenzung ist nicht die Lösung für das Unterbringungsproblem, zumal mittlerweile nur noch ca. 10 % der Asylsuchenden aus den Ländern des Westbalkans kommen.

Ein weiteres Unding ist, dass die Menschen ohne „Bleibereichtsperspektive“ – wie Sie, Frau Düker, sie so euphemistisch nennen – bis zu ihrer Abschiebung in den Erstaufnahmeeinrichtungen verharren sollen. Wir reden hier wohlgermerkt von Zelten und überfüllten Bettenburgen. Wenigstens wollen Sie sich zunächst nicht auf Sachleistungen statt Taschengeldauszahlungen einlassen. Wenn man sich aber die Halbwertzeit Ihrer Aussagen anschaut, fragt man sich, wann Sie auch in Bezug auf diese Aussage die Integrität fallen lassen.

Zur medizinischen Versorgung von Flüchtlingen: Es ist grundsätzlich gut, dass wir – zumindest in Nordrhein-Westfalen – von einem freiwilligen System der Gesundheitskarte zu einem einheitlichen System kommen können.

Frau Steffens, jetzt heißt es, schnell die notwendigen Schritte zur baldigen Einführung zu ergreifen, um den ursprünglichen Zeitplan, der für die Umsetzung der Rahmenvereinbarung galt, einzuhalten.

Defizitär bleibt natürlich der Umgang mit den Menschen ohne Papiere. Die haben Sie bewusst aus dem Deal ausgeklammert. Diese Menschen sind weiter auf Ärzte angewiesen, die sie freiwillig und kostenlos behandeln.

An dieser Stelle möchte ich einen ausdrücklichen Dank an diese Ärzte und an ihre Helfer und Unterstützer aussprechen für ihre wichtige und leider immer noch notwendige Aufgabe, Arbeit und Hilfe.

(Beifall von den PIRATEN)

Frau Kraft, Frau Düker, Sie machen keine Politik aus Sicht der Flüchtlinge. Es ist nicht einmal Politik aus Sicht der Kommunen. Bislang sanieren Sie nur Ihren eigenen Haushalt.

(Ministerin Sylvia Löhrmann: Quatsch!)

Wir werden erst in ein paar Wochen sehen, ob das Geld auch wirklich bei den Kommunen ankommt. Wir werden genau darauf gucken.

Politik aus Sicht der Flüchtlinge heißt, das Recht auf Asyl und das Recht auf Aufenthalt aus humanitären Gründen zu achten. Mittel- bis langfristig heißt das auch, dass wir einen zukunftsfähigen Plan für eine geordnete Unterbringung in Wohnungen, humane Standards in Unterbringungseinrichtungen in Land und Kommunen und vor allem ein Konzept zur Integration brauchen.

Unsere Vorschläge dazu kennen Sie seit Jahren. Aber vonseiten der Landesregierung gibt es nichts. Integrationspolitische Weichenstellungen: Fehlange!

Massive Investitionen in den Wohnungsbau sind notwendig – nicht nur für Flüchtlinge. Wir brauchen preiswerten Wohnraum für viele Menschen. Strukturen dazu müssten zum Beispiel im Landesentwicklungsplan geschaffen werden. Im aktuell bearbeiteten Entwurf gibt es dazu aber gar nichts. Und das ist nur ein Beispiel.

Uns wird von Wohlfahrtsverbänden und Flüchtlingsinitiativen immer wieder angetragen, dass das Integrationsministerium und das Innenministerium nicht miteinander kommunizieren. Herr Jäger, sprechen Sie doch einfach einmal Ihren neuen Kollegen, Herrn Schmeltzer, ab morgen an! Vielleicht funktioniert da ja einmal etwas. Oder noch besser: Verfolgen Sie unseren Vorschlag, und schaffen Sie ein Ministerium für Einwanderung, Flucht und Integration – unter einer Prämisse, Herr Jäger: Das Ministerium sollte nicht unter Ihrer Verantwortung stehen.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Werte Landesregierung, nun, da Sie Ihre haushalte-

rischen Fragen im Bund-Länder-Deal geklärt haben und dabei, wie zu erwarten war, Verschärfungen im Asylrecht in Kauf genommen haben, frage ich Sie: Wie soll denn der von Ihnen vor Monaten versprochene Paradigmenwechsel nun aussehen?

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Frank Herrmann (PIRATEN): Heute haben wir dazu leider nichts gehört. Aber wenn Sie noch Ideen brauchen, dann schauen Sie doch in unseren Antrag aus dem letzten Plenum: „Aus der Vergangenheit lernen: Nordrhein-Westfalen muss sich der politischen Verantwortung als Aufnahmeland stellen!“. Da stehen eine Menge Dinge drin. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Danke, Herr Kollege Herrmann. – Für die Landesregierung hat sich Herr Minister Jäger zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gerne noch vier Punkte aus der Debatte aus meiner Sicht noch einmal beleuchten.

Erstens. Wenn die Menschen um ihr Leben laufen, sind sie nicht durch Zäune aufzuhalten. Das zeigt das Beispiel Ungarn. Sie sind auch nicht aufzuhalten über Taschengelddiskussionen. Sie sind nicht aufzuhalten über die Frage von Abschiebungen.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Sie sind nicht aufzuhalten über die Diskussion um sichere Herkunftsländer.

Sie lassen sich nur davon abbringen, diesen beschwerlichen, gelegentlich sehr gefährlichen Weg nach Europa zu gehen, wenn sie entweder in ihren Heimatländern eine Perspektive haben oder – so wie die syrischen Flüchtlinge – zumindest ein Existenzminimum in den entsprechenden Lagern im Libanon, in Jordanien und in der Türkei erhalten.

Es ist beschämend, dass das UNHCR von einigen Mitgliedsstaaten nicht ausreichend finanziell unterstützt wird, um die Menschen in diesen Lagern satt zu machen. Deshalb ist klar: Wir brauchen in der Außenpolitik intensivste Aktivitäten, um die Situation in den Lagern zu stabilisieren. Das ist ein wichtiger Punkt des Asylgipfels in der letzten Woche gewesen. Frank-Walter Steinmeier als Außenminister ist intensivst in der Region unterwegs. Nur über diesen Weg, glaube ich, lässt sich die Zahl der Menschen,

die aus Syrien kommen und vorher in Lagern im Umland gelebt haben, reduzieren.

Zweitens. Die Europäische Union, die 500 Millionen Einwohner hat, hat sich in der letzten Woche darauf geeinigt, 120.000 Flüchtlinge untereinander aufzuteilen. Gemessen an dem, was Deutschland, Schweden, Österreich und andere Länder zurzeit leisten, ist das ein Trippelschritt nach vorne, aber keine Lösung.

Eine solche Flüchtlingskrise, wie sie jetzt in der Welt stattfindet, ist nur darüber zu lösen, dass sich die Europäische Union nicht nur als ein Verteilsystem von Fördergeldern, sondern als Wertegemeinschaft im Sinne von Solidarität und Humanität versteht. Ansonsten steht der europäische Gedanke auf dem Spiel.

(Beifall von allen Fraktionen)

Drittens. Wir setzen als Länder, aber vor allem auch als Kommunen große Hoffnung darauf, dass das, was am letzten Donnerstag zur Verkürzung der Asylverfahren beschlossen worden ist, jetzt auch durch die Bundesregierung beherzt angefasst wird.

Wir, Länder und Kommunen, müssen die Menschen unterbringen und versorgen – oftmals viel zu lange, weil das vom Bund beherrschte Verfahren durch das BAMF viel zu lange dauert. Da erwarten wir von dieser Bundesregierung jetzt konkrete Schritte.

Viertens. Ich möchte ausdrücklich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hilfsorganisationen und Betreuungsorganisationen sowie, weil sie gelegentlich vernachlässigt werden, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen, der Bezirksregierungen und des Ministeriums danken.

(Beifall von der SPD und der CDU)

Frau Düker hat es angesprochen: Der Anstieg von 2012 mit 1.800 Unterbringungsplätzen beim Land auf jetzt 57.000 ist ein unglaublicher Kraftakt. Uns liegt der Dank der Bayerischen Staatsregierung dafür vor, dass es Nordrhein-Westfalen ist, das zurzeit immer noch oberhalb des Königsteiner Schlüssels aufnehmen kann und auch will – nicht um der Bayerischen Staatsregierung zu helfen, sondern um Obdachlosigkeit unter Flüchtlingen zu vermeiden. Das ist etwas, was andere Bundesländer längst nicht mehr leisten können.

Herr Stamp, Sie sind, glaube ich, inzwischen auch davon überzeugt, dass das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen unseres Landes und der Kommunen da geleistet haben, großartig ist.

Meine Damen und Herren, ich würde gerne noch auf zwei Dinge eingehen, die in der Diskussion auch eine Rolle gespielt haben, insbesondere bei Herrn Laschet.

Erstens. Die Möglichkeit, Menschen ohne Bleibeperspektive länger als bisher in Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes halten zu können, nämlich bis zu sechs Monaten, ist kein Zankapfel zwischen Rot-Grün, sondern eine theoretische Klausel. In der Praxis sind wir meilenweit davon entfernt, weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zurzeit gar nicht in der Lage ist, innerhalb dieses Zeitraumes die Asylbescheide auszustellen.

Ganz im Gegenteil: Es gibt 300.000 unbearbeitete Asylanträge. 800.000 kommen allein dieses Jahr hinzu, und nur 300.000 werden abgearbeitet. Das macht deutlich: Wir müssen sogar damit rechnen, dass sich die Verfahrensdauern trotz aller Anstrengungen möglicherweise noch verlängern werden.

Ein weiterer Punkt, der eine Rolle gespielt hat, ist die Frage: Soll man Mietern ihre Wohnung kündigen, um dort Flüchtlinge unterzubringen? Ich glaube, dass unsere Willkommenskultur in Deutschland im Wesentlichen darauf beruht, dass die Menschen dieses Willkommen aus einem Gefühl der Sicherheit heraus aussprechen können. Wer sich unsicher fühlt, dem ist das Unbekannte möglicherweise gar nicht mehr so willkommen. Zu dieser Sicherheit gehört auch, dass man in den eigenen vier Wänden leben bleiben kann.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Deshalb kann es – ohne irgendjemanden zu schelten –, wenn überhaupt, nur eine Ultima Ratio sein, zu solchen Mitteln zu greifen. Die Menschen müssen sicher sein, dass sie nicht ihren Wohnraum verlieren, weil Flüchtlinge unterzubringen sind.

Ich würde gern noch auf das Gesetz eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und an einer Stelle um Verständnis bitten. 750.000 Menschen in den Landeseinrichtungen unterzubringen, ist ein unglaublicher Koordinierungsaufwand und erfordert eine unglaubliche Organisation. Nicht jeder Bus mit Flüchtlingen, die in Nordrhein-Westfalen ankommen, ist genau zu dem Zeitpunkt an dem Ort, an dem er zu sein hat. Manchmal passieren in der Koordination auch Fehler. Einige Abgeordnete sprechen oder schreiben mich dazu an, wie es denn sein kann, dass man nachts auf einen Bus wartet, der dann gar nicht oder verspätet ankommt. Wer diese logistische Herausforderung erkennt, muss auch erkennen, dass es nicht an jeder Stelle ganz glatt laufen kann. Da bitte ich auch im Namen meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Behörden um Verständnis.

Wir haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des FlüAG vorgelegt, von dem wir wissen, dass wir es demnächst wieder ändern müssen, weil wir die Beteiligung des Landes an den Kosten der Unterbringung für Flüchtlinge in den Kommunen auf neue Beine stellen müssen. Der Bund hat nämlich eine Systematik gewählt, die ich überhaupt nicht kritisieren möchte, sondern die im Gegenteil sehr vernünft-

ig ist. Deshalb müssen wir unsere finanzielle Unterstützung in den Kommunen auf ähnliche oder gleiche Füße stellen.

Die Ministerpräsidentin hat bereits am Freitag, wenige Stunden nach dem Gipfel in Berlin, die kommunalen Spitzenverbände über die Ergebnisse informiert. Wir sitzen am morgigen Tag auf Arbeitsebene zusammen und wollen schon am Freitag möglicherweise erste Eckpunkte miteinander vereinbaren. Sie sehen: Wir arbeiten mit Hochdruck daran, ein gutes und auskömmliches Finanzierungssystem für unsere Kommunen zu erarbeiten.

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Minister, die Redezeit der Landesregierung ist abgelaufen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Das nehme ich voller Respekt entgegen, Herr Präsident, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Gleichwohl gibt es 34 Sekunden extra für die Fraktionen. Der eine oder andere hat sich noch zu Wort gemeldet.

(Zurufe: Nein!)

Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kuper, und zwar für etwa fünf Minuten. Ich sage die Zeit jetzt immer mit an. Dadurch, dass die Landesregierung überzogen hat, ist es ein bisschen unübersichtlich geworden. – Herr Kollege, bitte.

André Kuper (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt in diesem Land eine große Diskussion darüber, ob wir die Aufnahme der Flüchtlinge schaffen können oder nicht. Ich denke, diese Republik hat in den vergangenen Jahrzehnten schon mehrfach bewiesen, dass wir es grundsätzlich schaffen können.

Erinnern wir uns zurück an die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als etwa 12 bis 14 Millionen Vertriebene zu uns gekommen sind, erinnern wir uns zurück an die Jahre der Zuwanderung der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter, oder erinnern wir uns zurück an die Jahre um 1990 bis 1992, als Millionen Aussiedler auch mit fremder Sprache zu uns gekommen sind. All das haben wir geschafft, weil wir gut organisiert waren, weil wir vorbereitet waren und weil wir es gemeinsam schaffen wollten.

Daher ist es im Sinne der Worte unserer Kanzlerin sicherlich auch möglich, bei einer Bevölkerung von 81 Millionen, die wir sind, 1 Million Flüchtlinge in diesem Land aufzunehmen, wenn es denn gut gemacht und gut organisiert wird. Dafür sind wir alle gemeinsam verantwortlich.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, in der Debatte ist eine Reihe von Legendenbildungen betrieben worden, auf die ich jetzt aber nicht eingehen möchte. Ein paar Aspekte würde ich dennoch gern beleuchten.

Es ist zum Beispiel der Aspekt der Beschleunigung des Asylverfahrens angesprochen worden. Das ist ganz sicher notwendig und unter allen Fraktionen hier im Raum wohl unumstritten. Wenn wir uns dabei allein auf das BAMF konzentrieren, ist das allerdings zu kurz gesprungen.

Der neue Leiter des BAMF, Herr Weise, hat vor wenigen Minuten – das ist per dpa verbreitet worden – erklärt, dass gerade die Erfassung hier in NRW beziehungsweise die Erfassung im Bund insgesamt noch eine Vielzahl an Defiziten hat.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Immer sauber zitieren, Herr Kollege! – Nadja Lüders [SPD]: Das BAMF ist Teil der Erfassung!)

Daher müssen wir an dieser Stelle sehen: Es braucht die Verbesserung aufseiten des BAMF. Ja, darüber herrscht Einigkeit. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, dass viele Menschen Wochen und teilweise sogar Monate warten, bis sie im Land NRW komplett registriert sind. Das heißt, dass auch dieser Aspekt weiter verbessert werden muss.

(Beifall von der CDU)

Der Minister hat bereits darüber informiert, dass derzeit 400 weitere Kräfte in der Erfassung eingesetzt werden. Aber zur Wahrheit gehört auch: Wir brauchen beides, sowohl das BAMF als auch eine Verbesserung des Systems hier in NRW.

(Beifall von der CDU)

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt zu sprechen kommen, damit wir nicht in die Gefahr von Schaufensterreden kommen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich habe vor Kurzem folgende Kleine Anfrage gestellt: Wie ist es mit der Umsetzung der Bund-Länder-Vereinbarung hinsichtlich der Einrichtung für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive?

In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung geantwortet, dass wir vor dem Hintergrund der aktuellen Zuwanderungszahlen für die Menschen ohne Bleibeperspektive rund 16.200 Unterbringungsplätze in NRW bräuchten. Gleichzeitig hat die Landesregierung in den Medien gesagt, dass sie nur 1.200 Plätze bereitstellt. Das heißt, dass zwischen dem, was erklärt wird, und der Praxis offenbar noch ein Unterschied besteht.

(Nadja Lüders [SPD]: Nein, nein!)

Man muss also zumindest hinterfragen: Ist das, was Sie gegenüber dem Bund versprochen haben, nur

ein Versprechen? Oder wollen Sie es auch in die Realität umsetzen?

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme noch einmal auf das Thema „FlüAG“ zu sprechen.

Vorhin ist die Finanzierung der Kommunen in Bayern angesprochen worden. In Bayern werden die Flüchtlingsaufnahmekosten bereits heute – wie schon in der Vergangenheit – zu 100 % erstattet. Davon sind wir in NRW weit entfernt. Daher ist es gut und richtig, dass Sie unserer langjährigen Forderung nachkommen und die Stichtagsregelung aktualisieren. Das sind immerhin 700 Millionen €, die den Kommunen im nächsten Jahr massiv helfen und damit die Unterdeckung abbauen. Unsere Kommunen stehen nämlich derzeit sowohl bei der Organisation als auch bei der Finanzierung der Flüchtlingskosten mit dem Rücken an der Wand. Viele Stärkungspaktkommunen wissen in diesen Tagen nicht, wie sie den entsprechenden Haushaltsausgleich darstellen sollen.

Deshalb ist es wichtig – daher haben wir heute auch noch einen ergänzenden Antrag gestellt –, nicht nur pauschal über die Vokabeln „weitgehende Kostenerstattung“ oder „auskömmliche Kostenerstattung“ zu reden, sondern dass das Land gegenüber den Kommunen die Garantie gibt – wie in Bayern, in Mecklenburg-Vorpommern oder im Saarland –, entstehende Kosten zu 100 % zu tragen. – Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und höre auf.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Kuper. – Für die FDP-Fraktion spricht noch einmal Herr Kollege Stamp.

Dr. Joachim Stamp (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich bin mehrfach angesprochen worden, werde aber versuchen, die Klarstellung in der gebotenen Kürze vorzunehmen.

Herr Mostofizadeh, Sie haben vorhin gesagt, die Äußerung „Septembermärchen“ der Kollegin Göring-Eckardt hätte sich nur auf die Willkommenskultur bezogen. Aber ich muss doch einmal hinterfragen, was in einer solchen Debatte und in einer solchen Lage wichtiger ist: die eigene Gefühligkeit und möglicherweise die eigene Identifikation mit dieser Gesellschaft oder aber das Flüchtlingsschicksal von denen, die zu uns kommen. Das kann man nicht trennen. Deshalb war das ein geschmackloses Bild. Das muss man an dieser Stelle auch ansprechen können.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Herr Minister Jäger, Sie haben gesagt, keiner, der um sein Leben laufe, lasse sich von Zäunen und Stacheldraht davon abhalten – und auch nicht von Taschengeldkürzungen. Da geben wir Ihnen völlig recht. Wir haben aber gerade versucht, in der Debatte noch einmal herauszuarbeiten, dass es einen Unterschied bei der Bleibeperspektive gibt. Damit verbinden wir ausdrücklich nicht eine Unterteilung in Menschen erster und zweiter Klasse.

Ich wiederhole es noch einmal: Wir haben auch für diejenigen, die sich ohne Bleibeperspektive um Asyl bewerben, in vielen Fällen Verständnis, weil wir es möglicherweise auf die gleiche Art und Weise versucht hätten. Aber in diesen Fällen greift nicht das deutsche Asylrecht, sondern wir brauchen für diese Menschen eine Einwanderungsregelung nach den Kriterien des hiesigen Arbeitsmarktes.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Deswegen muss man bei allem, was wir machen, auch darüber nachdenken, welche Sogwirkungen es eventuell auf die Länder des Balkans hat. Was Pullfaktoren angeht, gehört dazu auch die Frage, lieber Herr Minister, ob es sinnvoll ist, Selfies mit Flüchtlingen zu machen, die über Twitter und Facebook heutzutage in Echtzeit in den Herkunftsländern ankommen. Man muss aufpassen, ob das das richtige Signal ist.

(Beifall von der FDP)

Zum Thema „Bezirksregierung“ habe ich nicht nur einseitig Bashing betrieben. Ich habe ganz bewusst zu Beginn meiner Rede allen Hauptamtlichen und allen Ehrenamtlichen großen Respekt gezollt, die dafür gesorgt haben, dass wir es geschafft haben, in den letzten vier Wochen 200.000 Menschen hier unterzubringen. Aber natürlich – das lasse ich mir auch nicht nehmen – hat die Bezirksregierung über Monate und Jahre vor sich hindilettiert, was das Aufnahmesystem angeht. Das weiß doch jeder hier im Raum.

Frau Kollegin Düker, wenn Sie das BAMF permanent bashen, müssen Sie es auch akzeptieren, wenn man mal eine andere Institution kritisiert, die auch einen Großteil der Verantwortung für Fehlentwicklungen in diesem Lande trägt. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Stamp. – Meine Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Ich schließe die Aussprache, und wir kommen zur Abstimmung. Insgesamt haben wir sechs Abstimmungen zu vollziehen.

Wir stimmen erstens über den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9880 zur Un-

terrichtung durch die Landesregierung ab. Ich darf fragen, wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest: Der **Entschließungsantrag Drucksache 16/9880** ist mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/9800 – Neudruck** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend –, den **Unterausschuss Personal**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie den **Innenausschuss**. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir stimmen drittens über die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/9808** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den **Innenausschuss** – federführend – sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Wer dafür ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegenstimmen oder Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir stimmen viertens über die **Überweisung des Antrags der CDU-Fraktion Drucksache 16/9801** ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Antrags an den **Integrationsausschuss** – federführend –, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik**, den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**, den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung**, den **Hauptausschuss**, den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** sowie den **Innenausschuss**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für diese Überweisung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegenstimmen und Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir stimmen fünftens über den Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9803 ab. Die antragstellende CDU-Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Insofern kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 16/9803. Wer stimmt für den Antrag der CDU? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der **Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 16/9803** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion bei Enthaltung der FDP-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen sechstens und letztens über die **Überweisung** des **Antrags** der FDP-Fraktion **Drucksache 16/9786**. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Antrags an den **Integrationsausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist für die Überweisung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Gegenstimmen und Enthaltungen gibt es nicht. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

4 Nachhaltige Qualität bei der Inklusion gewährleisten – Förderchancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/9787

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin für die antragstellende FDP-Fraktion Frau Kollegin Gebauer das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

Yvonne Gebauer (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchen Dingen lässt man besser ihren Lauf. Manches erledigt sich schlicht und ergreifend durch Liegenlassen. Aber es gibt auch das eine oder andere, was im Sinne der Sache ständig begleitet und entsprechend korrigiert werden muss. So wie der Inklusionsprozess.

Wie schon so oft muss ich auch heute sagen, dass die rot-grüne Umsetzung dieses Inklusionsprozesses nicht unseren Qualitätsmaßstäben entspricht.

(Beifall von der FDP)

Auch das großartige Engagement vieler Lehrkräfte kann die fehlenden Rahmenbedingungen nicht ersetzen.

Wir haben uns in diesem Zusammenhang ganz bewusst für den Begriff „qualitätslos“ entschieden; denn die bloße Verwahrung von Kindern mit Handicap, welche uns leider – ich sage ganz bewusst: leider – nicht nur als Einzelfall aus den Kommunen widergespiegelt wird, kann nicht anders als qualitätslos bezeichnet werden.

Frau Ministerin Löhrmann, Sie haben in der Schuljahresauftaktpressekonferenz erklärt, wenn Schulen in NRW Inklusionspreise gewinnen würden, dann müsse man – Zitat – hier ja etwas richtig machen. Liebe Frau Löhrmann, solche Preise sind dem Engagement der Schulen bzw. der handelnden Akteu-

re vor Ort zu verdanken. Und wenn Schulen in Nordrhein-Westfalen Inklusionspreise gewinnen, dann tun sie das nicht wegen, sondern trotz Ihrer rot-grünen Politik.

(Beifall von der FDP und Astrid Birkhahn [CDU])

Erst vor wenigen Tagen hat laut Presse eine Schuldezernentin der Bezirksregierung Münster öffentlich eingestanden, dass der ganze Inklusionsprozess doch „sehr holperig“ verlaufe. Zur Kritik an der Förderschule vor Ort erklärte diese Vertreterin der Bezirksregierung – ich darf zitieren –:

„Man kann nicht mal sagen, dass das der bessere Weg für die Kinder ist.“

Meine Damen und Herren, uns bzw. den Kindern und Jugendlichen läuft die Zeit davon. Jeder Tag ohne ausreichende sonderpädagogische Förderung ist ein verlorener Tag für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Wir müssen dringender denn je jetzt handeln, um diesen überstürzten Inklusionsprozess zeitnah in qualitative Bahnen zu lenken.

Was heißt das? Für uns als FDP-Fraktion heißt das ganz konkret, dass sich Rot-Grün endlich zu den Basisstandards für die Qualität bequemen muss. Wir brauchen also die viel erwarteten und vielfach verlangten Leitplanken. Das kann – und ich sage auch: das muss – ein Ministerium an dieser Stelle leisten können.

Im Grunde handelt es sich letztendlich um eine Selbstverständlichkeit, dass in diesem Zusammenhang dann auch keine inklusiven Lerngruppen mehr vor Ort gebildet werden dürfen, wenn die Qualität nicht stimmt.

(Beifall von der FDP)

Denn viel zu oft werden Schulen Kinder zugeteilt, und es ist völlig egal, ob es in ausreichendem Maße Differenzierungsräume gibt oder ob sonderpädagogische Unterstützung gegeben ist. Bei Förder- und Lebenschancen dieser speziellen Kinder darf man aber nicht ständig Fünfe gerade sein lassen.

(Beifall von der FDP)

Auch deshalb muss folgerichtig mehr mit Schwerpunktschulen im Sinne einer Bündelung der Förderqualität vor Ort gearbeitet werden. Hier wären regionale Absprachen sinnvoll, damit man mit den zum Teil noch starren Vorgaben der Schwerpunktschulen arbeiten kann; darüber hinaus sollten diese Vorgaben gelockert werden.

(Eva Voigt-Küppers [SPD]: Das ist im Gesetz enthalten!)

Das letzte Stichwort, das ich in den Raum werfen möchte, lautet „Berufskollegs“. Wenn wir es wieder nicht schaffen, bis zum Ende dieses Jahres ein qualitatives Konzept für die Berufskollegs hier in Nordrhein-Westfalen vorzulegen, dann muss der Rechts-